



WESTPAPUA JOURNAL

Wohin führt der Weg? - Westpapua und die Wahlen in Indonesien 2024

SCHWERPUNKTE

Gedanken zu den Wahlen in Indonesien im Jahr 2024
von Uwe Hummel

Eine Dynastie in Indonesien?
vom Westpapua-Netzwerk

Indonesiens geopolitische Rolle
Interview mit Andreas Harsono



WESTPAPUA JOURNAL

Die Ausgabe 2/2023
hat die Rundbriefnummer 88

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Telefon: 0202 89004-170, Fax: 0202 89004-179
E-Mail: wpn@westpapuanetz.de
Internet: www.westpapuanetz.de

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:
www.facebook.com/westpapua.netzwerk
oder auf Twitter:
www.twitter.com/westpapuanetz

Design und layout:
AKALBUDI Network (@akalbudinetwork)
www.akalbudi.net | akalbudi.org@gmail.com
Tel/WA +62 (0) 877 7000 8384

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Ältere Journalausgaben finden Sie als
PDF-Datei unter www.westpapuanetz.de
Einzelne Ausgaben können Sie als
Druckversion in der Koordinationsstelle
nachbestellen.

Um dieses Journal zu abonnieren oder
Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks
zu werden, besuchen Sie bitte:
<https://westpapuanetz.de/spenden>

Um unsere E- Infos per Email zu
empfangen, besuchen Sie bitte:
<https://westpapuanetz.de/>

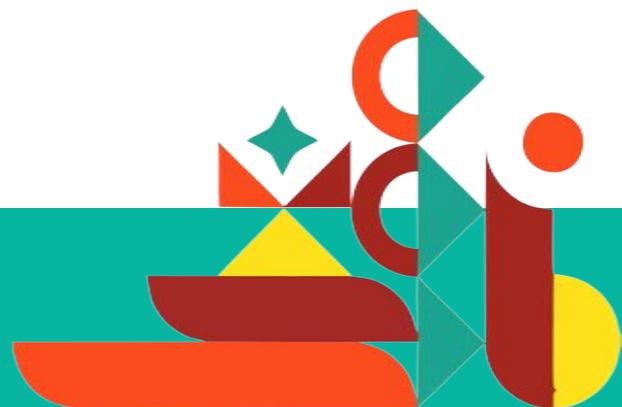


Cover Vorderseite: Maybrat, Star Picking Mountain ©Magda Kafiar

Cover Rückseite: Papua ©Asita Abdul

▶ INHALT

Mitteilungen der Koordinationsstelle	4
Nachrichten aus und über Westpapua	5
Gedanken zu den Wahlen in Indonesien im Jahr 2024 <i>Von Uwe Hummel</i>	13
Eine Dynastie in Indonesien? - Entscheidung des Verfassungsgerichts macht den Weg frei für eine Kandidatur von Jokowi's Sohn <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	18
Untersuchung der Identitätspolitik bei den Wahlen in Indonesien: Eine kurze Reflexion <i>Von Jimmy Sormin</i>	20
„Wir werden nicht beteiligt“ Interview mit papuanischen Vertretern aus Politik und Kirche <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	23
„In Papua ist alles politisch“ Gespräch mit Hana Damimetouw <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	26
„Indonesien spielt mehr und mehr eine geopolitisch wichtige Rolle“ - Interview mit Andreas Harsono (Human Rights Watch Indonesia) <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	28
„Das Leben wird erst durch Verbindungen zu anderen wirklich bedeutsam“ - Interview mit Jack Urame (Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea) <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	32
Die Grüne Lunge in Gefahr - Ein Gespräch über Umwelt- und Indigenenrechte in Westpapua <i>Vom Westpapua-Netzwerk</i>	37



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Papua-Freundinnen und Freunde,

im Februar 2024 finden landesweite Wahlen in Indonesien statt. Gewählt werden die nationalen und regionalen Parlamente, der nationale Senat (Vertretung der Provinzen), die Gouverneure, die Bürgermeister, die Landräte sowie der Präsident und der Vize-Präsident.

Nach zwei Legislaturperioden darf Amtsinhaber Joko Widodo (Jokowi) nicht erneut antreten. Die drei Kandidaten für das Präsidentenamt stehen bereits fest: Ganjar Pranowo, Gouverneur der Provinz Zentral-Java, Verteidigungsminister Prabowo Subianto und der ehemalige Gouverneur von Jakarta, Anies Baswedan. Seit Oktober steht zudem auch fest, dass Jokowi's Sohn, Gibran Raka, neben Prabowo Subianto als Vize-Präsident kandidiert.

Die Vorbereitungen für diese Wahl laufen bereits seit Monaten und sind auch in Westpapua zu spüren. Gleichzeitig haben aber nicht alle Papuas im Februar 2024 auch tatsächlich eine Wahl. Mangelnde Ausstattung der Dörfer mit den notwendigen Wahlurnen oder fehlende Wahlregistrierungen erschweren in Westpapua die Durchführung einer freien und fairen Wahl.

In dieser Journalausgabe stellen wir Ihnen unterschiedliche Artikel und Interviews vor, die die Wahl und ihre möglichen Ergebnisse aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten.

So stellt ein Artikel die Präsidentschaftskandidaten vor und gibt einen Ausblick, welche Rolle die

Religionen bei den anstehenden Wahlen haben werden. Ein anderer Text befasst sich mit der Frage der Identitätspolitik in Indonesien und ihrem Einfluss auf das Wählerverhalten. Ob Jokowi versucht, eine Dynastie in Indonesien zu etablieren, ist das Thema eines weiteren Artikels.

Unterschiedliche Interviews befassen sich zudem mit der Politik Jokowi's in den Jahren seiner Amtszeit und der stärker gewordenen geopolitischen Rolle Indonesiens. Welchen Einfluss hatte seine Politik – besonders in Westpapua? Wie hat sich Indonesiens Partnerschaft zum Pazifik entwickelt? Und welche Hoffnungen, Erwartungen oder auch Sorgen sind mit der Wahl und dem neuen Präsidenten verbunden?

Unser aller Aufgabe wird es daher auch im nächsten Jahr sein, die politischen Entwicklungen in Indonesien aufmerksam zu beobachten und die Papuas weiter in ihrem Einsatz für Frieden, den Erhalt ihrer Umwelt und den Schutz ihrer Menschenrechte zu begleiten.

Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihr Interesse an Westpapua und an unserer Arbeit.

Wir wünschen Ihnen einen gesunden Jahresabschluss und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr Team der WPN-Koordinationsstelle



Nachrichten aus und über Westpapua

Zivilgesellschaft in Westpapua

Das Trauma, das nicht endet – Das Trauma, das enden muss

Der Weltflüchtlingstag findet jährlich am 20. Juni statt. Dieser Tag soll daran erinnern, dass Millionen von Menschen weltweit auf der Flucht sind. Ende 2022 waren weltweit 110 Millionen Menschen auf der Flucht, so die UNO. Der Weltflüchtlingstag soll Solidarität für diese 110 Millionen Schicksale zeigen und an die Rechte der Geflüchteten erinnern, die es zu schützen gilt.

Auch in Westpapua gibt es fast täglich Berichte von Papuas, die vor dem bewaffneten Konflikt fliehen müssen. Sie verlassen ihre Dörfer, suchen Schutz in Kirchen, bei Verwandten oder im Wald und hoffen darauf, wieder zurückkehren zu können. Besonders rund um das Gebiet, in dem der seit Anfang Februar entführte neuseeländische Pilot vermutet wird, häufen sich seitdem Razzien und bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und TPNPB-Kämpfern.

An dem diesjährigen Weltflüchtlingstag erinnerten mehrere Papuas an ihr eigenes Trauma, welches sie

durch ihre Flucht im eigenen Land erlitten haben und welches einige von ihnen noch bis heute an einer Rückkehr hindert. Auch forderten sie die Regierung dringend auf, die Militäroperationen sofort einzustellen und die Normalität in ihren Gemeinden wiederherzustellen.

Manche von ihnen sind bereits seit mehreren Jahren nicht mehr in ihrem Heimatdorf gewesen. Ihre Häuser wurden bei früheren Razzien zerstört und die Anwesenheit des Militärs macht ihnen so große Angst, dass sie eine Rückkehr weiterhin ausschließen. Die gewaltsame Vertreibung aus ihren Häusern und die Flucht ganzer Gemeinden sind ihnen bis heute schmerzhaft in Erinnerung geblieben. Zu lebhaft seien noch die Erinnerungen an die Gewalttaten von Soldaten gegen zum Beispiel Schwangere und Minderjährige. Daran ändere auch nichts, dass der Staat sie zur Rückkehr aufgefordert und ihnen Sicherheit zugesagt habe. Erst wenn das Militär abgezogen werde, sei eine Rückkehr möglich. Denn in vielen Dörfern besetzt das Militär weiterhin Schulen, Kirchengebäude oder andere Gebäude.

Die Kirche ist für viele Binnenflüchtlinge die einzige Hoffnung. Doch auch kirchliche Mitarbeiter*innen haben zum Teil eigene Traumata durch die Präsenz des Militärs erlitten oder stehen unter besonderer Beobachtung. Wie können sie also Hilfe leisten, wenn auch sie selber welche empfangen müssten?

Ein Trauma, das nicht zu enden scheint, aber für eine bessere Zukunft der Papuas enden muss. Neben innenpolitischen Veränderungen, einer Aufarbeitung der Gewalt in Westpapua, einem umfänglichen Schutz der Menschenrechte in Westpapua und einer gerechten Entwicklung muss jedoch auch die internationale Staatengemeinschaft mehr tun. Andere Staaten müssen damit beginnen, Doppelstandards in der Rolle Indonesiens als demokratischer Partner nach außen und den Menschenrechtverletzungen Indonesiens in Westpapua nach innen, sowie indonesische Narrative zu Westpapua kritisch zu hinterfragen. Das wäre tatsächliche politische Solidarität für die Situation der Binnenflüchtlinge in Westpapua.

„Paradise Bombed“ – Neue Recherche über den Einsatz ausländischer Waffen gegen Zivilist*innen in Westpapua

Eine kürzlich auf YouTube veröffentlichte Recherche mit dem Titel „Paradise Bombed“ auf dem Kanal von „friendlyjordies“ untersucht den Einsatz von ausländischen Waffen im bewaffneten Konflikt in Westpapua. Schwerpunkt der Recherche ist ein Angriff des indonesischen Militärs auf mehrere Dörfer im Bezirk Kiwirok im Landkreis Pegunungan Bintang im Oktober 2021, über den auch das Westpapua-Netzwerk berichtete. Zwischen dem 10. und dem 21. Oktober 2021 sollen mehrere indonesische Militärhubschrauber Sprengkörper auf mehrere Dörfer in dem Landkreis Pegunungan Bintang (damalige Provinz Papua, heute Provinz

Hochland-Papua) abgeworfen haben. Die Bomben zerstörten Häuser und Gärten. Mehrere hunderte Papuas starben entweder an den direkten Folgen des Angriffs oder an Krankheiten oder Mangelernährung, die sie während ihrer Flucht in den Wald erlitten. Viele Dorfbewohner leben noch bis heute im Wald und sind aus Angst vor erneuten Angriffen durch das Militär nicht zurückgekehrt.

Die Recherche zeigt, dass Waffen und Munition, die das Militär in Kiwirok einsetzte, im Ausland hergestellt und nach Indonesien exportiert wurden. So berichten Dorfbewohner, dass unter anderem Drohnen für den Abwurf der Bomben eingesetzt wurden. Laut der Recherche handelt es sich bei diesen mit künstlicher Intelligenz agierenden Drohnen um Rüstungsgüter aus chinesischer Produktion. Zudem ergibt die Recherche, dass Rüstungsgüter des Rüstungskonzerns „Thales“ in Westpapua eingesetzt werden. „Thales“ wollte sich auf Anfragen der Journalisten zu dem Einsatz ihrer Waffen in Westpapua nicht äußern. Zusätzlich deckt die Recherche auf, dass in Serbien hergestellte Bomben bei dem Angriff in Kiwirok abgeworfen wurden. Rüstungsgüter, die laut einem Bericht von Juni 2022 der in London ansässigen Conflict Armament Research (CAR) Gruppe unter Verdacht stehen, illegal vom indonesischen Staatlichen Nachrichtendienst (BIN) erworben worden zu sein.

Auch außerhalb des Fallbeispiels Kiwirok finden sich immer wieder ausländische Rüstungsgüter, die in Westpapua gegen Zivilist*innen eingesetzt werden. So auch das Truppenfahrzeug „Bushmaster“, welches in australischer Produktion von „Thales“ hergestellt wird. Das Training des indonesischen Militärs für den Umgang mit diesen Fahrzeugen durch das australische Militär hat in der Vergangenheit bereits mehrfach Kritik hervorgerufen.

Vor dem Hintergrund dieser Rechercheergebnisse sollten daher auch deutsche Rüstungsexporte nach Indonesien, wie diese, die der dt. Verteidigungsminister bei einem Besuch in Jakarta im Juni 2023 in Aussicht stellte, gestoppt werden.

Wirtschaftliche Diskriminierung von Papua-Frauen

Ungleichbehandlungen der indigenen Papuas finden nicht nur bei Demonstrationen, vor Gericht oder in Gefängnissen statt. Ungleichbehandlungen sind auch in alltäglichen Dingen, wie dem Verkauf von Waren auf lokalen Märkten, zu sehen.

In Westpapua sind es vorrangig Frauen, die Lebensmittel auf den Märkten zum Verkauf anbieten. Mit der fortschreitenden Migration von Nicht-Papuas nach Westpapua sind jedoch auch auf diesen Märkten die Folgen der Ungleichbehandlung von indigenen Papuas zu sehen. Während die Transmigranten-Frauen oft die besten Plätze auf den Märkten besetzen und Tische nutzen, um ihre Waren zum Verkauf anzubieten, sitzen die Papua-Frauen auf dem Boden – oft am Rand des Marktes. Neben dieser körperlichen Ausgrenzung lässt sich aber auch immer mehr eine wirtschaftliche Ausgrenzung auf diesen Märkten feststellen. Ein großes Problem stellen die zum Verkauf angebotenen Waren dar. Die Regionalverordnung Nr. 10/2018, die sich auf den Schutz und die Stärkung lokaler Händler*innen, insbesondere indigener Papuas, auf dem Markt konzentriert, wird auf den Märkten nur unzureichend überwacht und durchgesetzt. Dabei ist genau dies notwendig, um sicherzustellen, dass die lokalen Händler*innen ausschließlich einheimische Produkte wie Sago, Areka-Nüsse, Gemüse, Petatas (Süßkartoffeln) und geräucherten Fisch verkaufen, wie in der Verordnung beschrieben und, um zu verhindern, dass Nicht-Papua-Händler*innen die gleichen Produkte verkaufen.

Die wirtschaftliche Verwundbarkeit ist besonders für indigene Papua-Frauen groß. Auf dem Youtefa Markt in Abepura, Provinz Papua, verkaufen derzeit knapp 80 indigene Händler*innen ihre Waren, während es zugleich dort über 200 nicht-papuanische Händler*innen gibt, die eine breite Palette von Produkten anbieten, von Kleidung über Elektronik bis hin zu Lebensmitteln.

Mehrere indigene Händler*innen haben schon mehrfach beim Bürgermeister von Jayapura um Unterstützung gebeten, aber auf ihre Bedenken wurde bisher nicht eingegangen. Die Folgen spüren die Papua-Frauen auf dem Markt: „Wenn ein nicht-papuanischer Händler in seine Heimatstadt zurückkehrt, bringt er bei seiner Rückkehr nach Westpapua oft 10 bis 20 neue Händler*innen mit.“

Erneut minderjährige Todesopfer im Konflikt in Westpapua

Erneut sind in dem bewaffneten Konflikt in Westpapua minderjährige Papuas zu Tode gekommen.

Am 15. September 2023 wurden fünf Zivilisten tot an der Mündung des Brasa-Flusses in Dekai, Landkreis Yahukimo, Provinz Hochland-Papua, gefunden. Hierbei handelt es sich laut eines Pastors der Kingmi Kirche um fünf junge Papuas im Alter von 15-18 Jahren.

Während die Regionalpolizei in Papua die Meldung herausgab, dass die Leichen der fünf jungen Papuas nach einem Feuergefecht zwischen den Sicherheitskräften der TNI/Polri und der TPNPB gefunden worden seien, wiesen die Familien der Getöteten, die Kirche als auch die TPNPB die Aussage zurück, dass es sich bei den fünf Jugendlichen um TPNPB-Mitglieder gehandelt haben soll.

Die zivilen Opfer in dem bewaffneten Konflikt zwischen der TPNPB und den indonesischen Sicherheitskräften müssten ein Ende finden, so Pastor Atias Matuan. Gemeinschaften müssten geschützt werden und Flucht und Vertreibungen beendet werden. Aber auch die Kirchen kommen in Westpapua als Mediator an ihre Grenzen, so Matuan. Er habe den Eindruck, dass indonesische Sicherheitskräfte auch den Kirchen immer weniger vertrauen würden.

Kirchenrat von Westpapua: „Kirche wird zur Zielscheibe“

Nach einem Angriff auf das Büro der Kingmi-Kirche in Keneyam, Landkreis Nduga, am 16. September 2023, äußerte sich der Kirchenrat von Westpapua besorgt über Äußerungen der Regierung, die die Kirche als Unterstützer der Nationalen Befreiungsarmee von Westpapua (TPNPB) bezeichnet. Benny Giay, der Vorsitzende des Kirchenrates von Westpapua, kritisierte, dass die Kirche nun zur Zielscheibe geworden sei. Zudem sei zu befürchten, dass nach der Kingmi-Kirche eine andere Kirchengemeinschaft in Westpapua die nächste sein könnte.

Bei dem Angriff im September durchsuchten mehrere Sicherheitskräfte ein Wohnhaus und das örtliche Hauptbüro der Papuanischen Tabernakelkirche (Kingmi-Kirche) in der Stadt Keneyam, Landkreis Nduga, Provinz Hochland-Papua.

Die Polizeibeamten verhafteten willkürlich mehrere Papuas und zwangen sie gewaltsam, die Namen von Personen preiszugeben, die kürzlich an einer Beerdigung mehrerer Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) teilgenommen haben. Nachdem hierbei auch der Name eines Pastors fiel, verschafften sich die Sicherheitskräfte gewaltsam Zutritt in das Büro der Kingmi-Kirche in Keneyam, durchsuchten es und verhafteten drei weitere Papuas, ohne einen Haftbefehl vorzulegen. Berichten zufolge wurde dabei Gewalt angewendet. Alle festgenommenen Personen wurden später aus Mangel an Beweisen freigelassen.

Giay erklärte, das Engagement der Kirche in der Region sei für viele ein Dorn im Auge. Die Kirche werde mit abwertenden Begriffen wie „Kirche des Teufels“ bezeichnet, so Giay, was darauf hindeute, dass sie den Ambitionen bestimmter Akteure in der Region im Wege stehe.

Westpapua und Indonesien in der internationalen Politik

ULMWP wird kein Vollmitglied in der Melanesian Spearhead Group (MSG)

Die Vereinigte Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP) hatte seit Längerem darauf gedrängt, Vollmitglied der Melanesian Spearhead Group (MSG) zu werden, zu der die Salomonen, Fidschi, Vanuatu, Papua-Neuguinea sowie die FLNKS aus Neukaledonien gehören.

Zu Beginn der Sitzungen der MSG, die Ende August in Vanuatus Hauptstadt Port Vila stattfanden, blieben die melanesischen Staatsoberhäupter jedoch öffentlich unverbindlich zu dieser Idee. Indonesische Diplomaten sprachen sich derweil weiter deutlich gegen eine Vollmitgliedschaft der ULMWP in der MSG aus und verließen den

Raum, als ULMWP-Führer Benny Wenda vor der Versammlung sprechen wollte.

Am 25. August 2023 veröffentlichten die MSG-Führer dann ein Abschlusskommuniqué, in dem es hieß, die ULMWP erfülle die „bestehenden Kriterien“ nicht und die Gruppe könne in dieser Frage keinen „Konsens“ erzielen.

Die Enttäuschung über diese Entscheidung ist bei vielen sehr groß, die fest mit einer Vollmitgliedschaft gerechnet hatten. Eine Vollmitgliedschaft der ULMWP in der MSG hätte der Organisation einen sichtbaren diplomatischen Sieg in ihrem Streben nach internationaler Anerkennung eingebracht und war auch der Wunsch vieler Papuas.

Indonesien als neues Mitglied in den UN-Menschenrechtsrat gewählt

Am 10. Oktober 2023 wurde Indonesien als eines von 15 neuen Mitgliedern in den UN-Menschenrechtsrat für die Periode 2024-2026 gewählt.

In geheimer Wahl wählte die UN-Generalversammlung Albanien, Brasilien, Bulgarien, Burundi, China, Côte d'Ivoire, Kuba, die Dominikanische Republik, Frankreich, Ghana, Indonesien, Japan, Kuwait, Malawi und die Niederlande. Die Amtszeit aller 15 Mitglieder beträgt drei Jahre und beginnt am 1. Januar 2024.

Der UN-Menschenrechtsrat setzt sich aus 47 Staaten zusammen und hat die Aufgabe, die Lage der Menschenrechte weltweit zu beobachten und mit seinen Akteur*innen auf länder- und themenspezifische Menschenrechtsprobleme aufmerksam zu machen.

Mehrere zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten die Kandidatur von Indonesien. Ein Mitglied des UN-Menschenrates sollte ein weltweites Vorbild in der Förderung und



dem Schutz der Menschenrechte sein – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Der mangelnde Schutz der Menschenrechte für indigene Papuas, noch ausstehende Ratifizierungen internationaler Menschenrechtsübereinkommen und der Umgang mit internationaler Kritik an der Menschenrechtssituation in Indonesien – besonders in Bezug auf Westpapua – zeigen, dass die Förderung und der Schutz von Menschenrechten in Indonesien nicht immer Hand in Hand gehen.

Freiheit und Haft für zwei Symbolfiguren

Victor Yeimo aus Haft entlassen

Victor Yeimo, der internationale Sprecher der KNPB (Nationales Komitee Westpapas), wurde am Samstag, dem 23. September, aus dem Abepura-Gefängnis in Jayapura City entlassen. Er wurde von Familienmitgliedern, Aktivist*innen, seinem Anwaltsteam und tausenden Papuas begrüßt.

Knapp zwei Jahre nach seiner Verhaftung wurde Victor Yeimo wegen seiner Beteiligung an den Anti-Rassismus-Protesten in Westpapua im

August 2019 am 5. Mai 2023 zu acht Monaten Haft verurteilt. Das Urteil gegen Yeimo rief internationale und nationale Kritik hervor, da die Richter ihn wegen eines in der Anklage nicht erhobenen Straftatbestandes gem. Art. 155 Strafgesetzbuch verurteilten, der bereits im Juli 2007 vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt wurde.

In einer emotionalen Rede bedankte sich Yeimo bei seinen Unterstützer*innen, sprach sich gegen Rassismus aus und betonte, dass Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstelle und ein gemeinsamer Gegner für alle Bürgerinnen und Bürger auf der Welt sei. Rassismus sei ein

Leiden und ein Werkzeug, das von denjenigen ausgenutzt werde, die sich für überlegen halten, um andere zu unterdrücken. „Wir bekämpfen Rassismus nicht mit Rassismus. Während andere vielleicht Rassismus gegen uns praktizieren, müssen die Papuas danach streben, eine Nation zu sein, die sich durch Würde und Ehre auszeichnet. (...)“, sagte Yeimo.

.....

Ehemaliger Gouverneur der Provinz Papua, Lukas Enembe, zu acht Jahren Haft verurteilt

Der ehemalige Gouverneur der Provinz Papua, Lukas Enembe, wurde am 19. Oktober 2023 von einem Richtergremium des Korruptionsstrafgerichts am Bezirksgericht in Zentraljakarta in einem Fall von Bestechung und Bestechlichkeit zu acht Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 500 Mio. IDR verurteilt bzw. ersatzweise zu zusätzlich vier Monaten Haft. Lukas Enembe wurde außerdem dazu verurteilt, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Urteils eine Entschädigung in Höhe von 19.690.793.900 IDR zu zahlen. Ersatzweise droht Enembe eine Pfändung seines Besitzes bzw. weitere zwei Jahre Haft. Darüber hinaus hat der vorsitzende Richter Rianto Adam Pontoh gegen Lukas Enembe ein fünfjähriges Verbot der Kandidatur für ein öffentliches Amt verhängt. Dieses Verbot wird in Kraft treten, nachdem er seine Strafe vollständig verbüßt hat.

Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor eine Haftstrafe von zehn Jahren und sechs Monaten für Lukas Enembe gefordert, der bei der Urteilsverkündung im Rollstuhl saß.

.....

Umwelt in Westpapua

Neue Recherche von ‚The Gecko Project‘: „Grüne“ Gelder finanzieren Abholzung in Papua

The Gecko Project befasst sich in einer neuen Recherche mit einem Plantagenprojekt in Westpapua, das dazu dienen soll, den Kohleverbrauch Indonesiens zu reduzieren. Um die Kohleemissionen in Indonesien zu verringern und das globale Ziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen, muss Indonesien Abstand von der bisher größten Energiequelle Kohle nehmen. Um dies zu bewirken, soll die Verbrennung von Kohle durch eine sich immer weiter steigende Mitverbrennung von Biomasse ergänzt werden. Bis 2022 stammte der Großteil der Biomasse aus Abfällen wie Sägemehl, Reis oder Palmölschalen. Doch um den massiv wachsenden Bedarf zu decken, braucht es Holzplantagen. Um diese anzubauen, wird jedoch in Westpapua intakter Regenwald zerstört und Indigenen dadurch ihre Lebensgrundlage genommen. Finanziert wird das Projekt durch staatliche Gelder.

Millionen von Dollar an grünen Finanzmitteln, die Indonesien helfen sollten, seine Kohleemissionen zu reduzieren, wurden in ein Projekt investiert, das den Regenwald in Papua, einer der artenreichsten Landschaften der Welt, zerstört. Das Geld wurde verwendet, um den indonesischen Mischkonzern Medco Group beim Bau eines Biomassekraftwerks zu unterstützen, das mit Holz befeuert wird. Medco hat bereits große Teile des Regenwaldes gerodet und an seiner Stelle Holzplantagen angelegt. Das Unternehmen plant, seine Plantagen um mindestens 2500 Hektar zu erweitern und weiteren Regenwald abzuholzen.

Die Unterstützung der indonesischen Regierung für ein Biomasseprojekt wirft Fragen nach der Kohärenz ihrer Klimaschutzpolitik auf. In den letzten Jahren wurde das Projekt mit Millionen von Dollar von zwei indonesischen Regierungsstellen finanziert, deren Aufgabe es ist, die Klimaschutzverpflichtungen des Landes zu unterstützen. Die Finanzierung deutet auf einen Konflikt zwischen zwei Pfeilern der Klimaschutzstrategie der indonesischen Regierung hin: Schutz der Regenwälder, aber auch weniger Kohleverbrauch durch die Verbrennung von immer mehr Holz.

Die Verringerung der Kohleemissionen und der Schutz der Wälder und Torfgebiete des Landes sollen auch durch externe Gelder unterstützt werden. Allein im Jahr 2022 haben das UN-Entwicklungsprogramm und die norwegische Regierung zu diesem Zweck mehr als 100 Millionen Dollar in den indonesischen Umweltfonds (IEF) eingezahlt – dieselbe Einrichtung, die auch das Kraftwerk von Medco in Papua finanziert hat.

Die Folgen des Projekts sind insbesondere für die indigenen Gemeinschaften in der Region zu spüren. Nachdem sie zu Beginn mit Jobs gelockt wurden, verloren sie diese jedoch wieder recht schnell und spüren nun die Nahrungsmittelknappheit, die der Verlust des Regenwaldes für sie und ihre Familien bringt. Besonders die Kinder leiden unter Mangelernährung.

641.400 Hektar Waldverlust in zwanzig Jahren

Greenpeace Indonesien gab an, dass Westpapua in der Zeit von 2000-2020 insgesamt 641.400 Hektar Naturwald verloren habe. Die Untersuchungen von Greenpeace zeigen, dass diese Abholzung auf die immer massivere Vergabe von Lizenzen für Rohstoffindustrien zurückzuführen sei. Neben den Auswirkungen auf die Natur bedeutet der Verlust des Regenwaldes auch ein Verlust der Rechte der indigenen Papuas. Sie verlieren ihr Land, ohne von den damit erwirtschafteten Vorteilen zu profitieren und erleiden stattdessen den Verlust von Geschichte, traditionellen Nahrungsgrundlagen und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Mit der Konsequenz, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit der Papuas von z.B. industriell hergestellten und importierten Nahrungsmitteln weiter wächst. Kaufpreise für das Land werden oftmals nicht vollständig ausgezahlt oder fördern die Korruption in den indigenen Gemeinschaften und versprochene Arbeitsplätze in den Firmen werden nicht geschaffen.

Die Provinzen Papua, Süd-Papua, Zentral-Papua und Hochland-Papua verloren in zwanzig Jahren (2000-2020) 438.000 Hektar. Die restlichen 203.000 Hektar Waldverlust verteilen sich auf die Provinzen Papua Barat und Südwest-Papua (Papua Barat Daya).

Laut Greenpeace Indonesien gibt es in Westpapua derzeit noch 34,4 Millionen Hektar Naturwald.

#TalkAboutPapua: Neue gemeinsame Veranstaltungsreihe

Das Westpapua-Netzwerk, die Stiftung Asienhaus und Watch Indonesia! starten eine neue Veranstaltungsreihe zu Westpapua

Am 11. September 2023 startete die neue Veranstaltungsreihe #TalkAboutPapua, welche vom Westpapua-Netzwerk, der Stiftung Asienhaus und Watch Indonesia! organisiert wird.

Die gemeinsame Reihe findet in Präsenz oder online statt. Im Mittelpunkt steht (zumeist) das Gespräch, der #TalkAboutPapua. Zu diesem laden wir Gäste ein, mit denen wir über eine Vielfalt an



Themen über, zu und um Westpapua diskutieren (Menschenrechte, Gesundheit, Kultur, Umwelt, Religion oder gesellschaftliche Themen). Die Gespräche finden auf Englisch, Deutsch oder Indonesisch (mit Übersetzung) statt.

Zum Auftakt der Reihe hatten wir den Menschenrechtsverteidiger Andreas Harsono von Human Rights Watch Indonesia nach Berlin eingeladen. Unter dem Veranstaltungstitel „Indonesia’s new Criminal Code – Impacts on Conflict and Conflict Resolution in Papua“ berichtete er in der Abendveranstaltung über die Folgen von Indonesiens neuem Strafgesetzbuch für Westpapua.

Am 17. Oktober zeigten wir im Off Broadway Kino in Köln den Film „Tonotwiyat“ in Kooperation mit dem Allerweltskino Köln. Der Film begleitet mehrere Frauen aus dem Dorf Enggros in der Bucht der Stadt Jayapura in ihrem Alltag. Dort liegt ihr gemeinschaftlich genutzter Mangrovenwald. Das Besondere: Wenn die Frauen in den Wald gehen, ist Männern der Zugang nicht erlaubt. ●



Menschenrechtserklärung aus dem Jahr 1948 im September 1950, nach Beitritt zu den Vereinten Nationen (UN), anerkannt. Ebenso ratifizierte das indonesische Parlament die Internationale Konvention zur Eliminierung aller Formen von Rassismus (ICERD, 1969) im Juli 1999, das Internationale Abkommen zu bürgerlichen und politischen Rechten (von 1966) im Mai 2006 sowie das Internationale Abkommen zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (von 1966) im Mai 2006.

Landesweite Wahlen in Indonesien

Gemäß der indonesischen Verfassung, sollen demokratische Wahlen alle fünf Jahre durchgeführt werden. Gewählt werden die nationalen und regionalen Parlamente, der nationale Senat (Vertretung der Provinzen), die Gouverneure, die Bürgermeister (wali kota), die Landräte (bupati), sowie der Präsident und der Vize-Präsident.

Die letzten landesweiten Wahlen wurden 2019 gehalten. Joko Widodo ("Jokowi") wurde im Amt bestätigt. Für seine zweite Amtszeit wurde er von der Demokratischen Partei des Kampfes (PDI-P) und einiger ähnlich gesinnter, nationalistischer Parteien unterstützt. Joko Widodos Vizepräsident wurde der islamische Kleriker Ma'arif Amin.

Die nächsten landesweiten Wahlen sind für den 14. Februar 2024 angesagt. Das ist der offizielle Wahltag. Die Auszählung soll am 15. Februar 2024 abgeschlossen sein. Danach gibt es eine sogenannte "Rekapitulation" (Prüfung und Zusammentragen der Ergebnisse) bis zum 20. März 2024. Das Endergebnis wird dann vom Verfassungsgericht verkündet.

Die Kandidaten für die Ämter des Präsidenten und des Vize-Präsidenten müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So müssen sie mindestens 40 Jahre alt und Absolvent einer Oberschule sein. Er oder sie darf niemals wegen Korruption oder Landesverrat zu 5 Jahren oder mehr verurteilt worden sein. Sehr entscheidend ist außerdem, dass der Kandidat oder die Kandidatin von einer politischen Partei oder einer Koalition registriert werden muss, die 20%

der Parlamentarier oder 25% des landesweiten Wahlergebnisses repräsentiert.

In dem Fall, dass der Präsident und der Vize-Präsident nicht durch eine absolute Mehrheit gewählt worden sind, wird eine zweite Wahl am 26. Juni 2024 gehalten. In dieser Stichwahl treten nur die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen an.

Nach erfolgreichem Abschluss der landesweiten Wahlen werden das Nationalparlament (DPR RI) und der Senat (DPD) am 1. Oktober 2024 sowie der Präsident und der Vize-Präsident am 20. Oktober 2024 vereidigt.

Politische Parteien und ihre Kandidaten

Am 14. Dezember 2022 wurden die Parteien, die an den Wahlen teilnehmen werden, von der nationalen Wahlkommission (KPU) bekannt gegeben. Es sind insgesamt 17 landesweite Parteien, von denen zurzeit neun im Parlament vertreten sind. Die anderen acht Parteien treten zurzeit außerparlamentarisch auf.

Speziell für die autonome Provinz Aceh treten weitere sechs Lokalparteien an. Diese wurden ebenfalls durch die nationale Wahlkommission zugelassen. Dasselbe Privileg wurde den Papua-Provinzen, die ebenfalls den Status der Sonderautonomie haben, nicht gewährt. Aufgrund der Prämisse der "asymmetrischen Dezentralisation" hatte das Verfassungsgericht 2020 entschieden, dass "lokale politische Parteien nicht Teil der Spezialität von Papua seien" (Artikel 28 Paragraph 3 des Sonderautonomiegesetzes wurde daraufhin vom Parlament aus dem Gesetz gestrichen). Das sorgt in Westpapua für einigen Unmut.

Die meisten Beobachter der indonesischen Politik sagen voraus, dass wohl nur drei Kandidaten mit ihren jeweiligen Vize die Voraussetzungen erfüllen und eine realistische Chance bei den landesweiten Wahlen 2024 haben werden. Diese heißen Ganjar Pranowo, Prabowo Subianto und Anies Baswedan. Wer sind diese drei Männer?



Ganjar Pranowo tritt für Jokowi's Partei PDI-P an ©Antara News

Ganjar Pranowo (54) ist seit 2013 Gouverneur der Provinz Zentral-Java. Er gehört zur PDI-P. Er stammt aus einfachen Verhältnissen im Landkreis Karanganyar in Zentral Java. Sein Vater war Polizist und seine Mutter betrieb einen kleinen Laden. Nach dem Abschluss der Oberschule in Yogyakarta studierte Ganjar Pranowo an der Gadjah Mada Universität Jura. Während des Studiums engagierte er sich in der Studentenpolitik.

Nach seinem Abschluss arbeitete Ganjar Pranowo für Unternehmen in der Gas- und Ölbranche. 2004 kam er durch die Liste der PDI-P ins Nationalparlament (DPR RI). Er gewann auch die Wiederwahl 2009. Seit 2013 ist er der vom Volke gewählte Gouverneur von Zentral Java. Im selben Jahr verlieh ihm die University of Indonesia in Jakarta einen Masters-Grad in Political Science.

Ganjar Pranowo stellt sich als waschechten Demokraten und Nationalisten dar, der treu zu den Prinzipien der Pancasila steht. Als Gouverneur ist er sehr volksnah. Er hat ein enges Verhältnis zur moderaten NU²-Ulama. Einige werfen ihm zwar illegale Geschäfte vor, das konnte aber bis jetzt nicht bewiesen werden. Umgekehrt setzt

2 Die NU vertritt einen eher traditionellen, moderaten, javanischen Islam, der dem Sufi - Mystizismus viel Spielraum lässt (etwa der Verehrung der Wali Songo und der Ulama / Kyai). Andererseits steht die NU auf dem Boden modernerer, indonesischer Werte wie interreligiöser Toleranz und pluralistischer Demokratie. Die NU ist gegenüber religiösen Minderheiten recht "freundlich" (ramah). Das betrifft sowohl Schiiten (etwa eine Million Anhänger), Hindus, Buddhisten und Christen. Letzteren gegenüber tritt die NU zuweilen sogar beschützend auf. Allerdings gibt es in letzter Zeit auch einige NU-Kreise, die den moderaten "Islam Nusantara" ablehnen und sich arabischen Trends annähern (etwa Kopftuchpflicht und andere islamische Kleidungs Vorschriften).

Ganjar Pranowo die Anti-Korruptionsgesetze in seiner Provinz strikt um. Ganjar Pranowo ist mit Siti Atikah Supriyanti, einer Akademikerin verheiratet. Ihre Eltern und Großeltern versahen wichtige Rollen als Leiter islamischer Internatsschulen (Pesantren) der NU. Ganjar und Siti haben zusammen einen Sohn.

Am 22. April 2023 hatte Megawati Soekarnoputri, die ehemalige Staatspräsidentin und Vorsitzende der Demokratischen Partei des Kampfes (PDI-P), Ganjar zum Präsidentschaftskandidaten erklärt. Einige kleinere Parteien, wie Hanura, PPP und PSI haben ebenfalls ihre Unterstützung für Ganjar Pranowo zugesagt. Letztere könnte dies aber wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft seitens der PDI-P wieder rückgängig machen. Der amtierende Präsident Joko Widodo hat öffentlich seine Gunst für Ganjar Pranowo kundgetan. Somit hätte Ganjar Pranowo recht gute Aussichten auf Erfolg. Allerdings steht die Wahl seines Stellvertreters noch aus. Die Kandidatur des Vizepräsidenten kann für einen Wahlsieg ausschlaggebend sein.

Prabowo Subianto Djojohadikusumo (71) ist ein ehemaliger General, der unter dem Regime von Suharto gedient hatte. Seit 2019 ist Prabowo Verteidigungsminister im Kabinett von Präsident Joko Widodo. Er stammt aus einer wohlhabenden Familie. Sein Vater war Minister unter Präsident Soekarno, schlug sich dann aber auf die Seite einer Rebellenbewegung (Permesta). Nach der Zerschlagung des Aufstandes musste die Familie ins Ausland ausweichen. Dort besuchte Prabowo internationale Schulen, wodurch er sehr gute Sprachkenntnisse erworben hat (Englisch, Niederländisch, Deutsch).



Prabowo Subianto tritt erneut als Präsidentschaftskandidat an
©Kompas.id

Während des Suharto-Regimes (1966/1967-1998), kehrte Prabowo mit seiner Familie zurück nach Indonesien. Trotz der Rebellentätigkeit seines Vaters konnte Prabowo die Militärakademie besuchen und absolvieren, Offizier werden und sogar die Tochter des Präsidenten, Titiek Suharto, heiraten. Als Kommandeur hat er wohl Menschenrechtsverletzungen in Ost Timor und Papua auf dem Gewissen. Gleich nach dem Abtritt Suhartos im Mai 1998 wollte Prabowo wohl einen Staatsstreich inszenieren, wurde aber von Präsident Habibie seines Amtes enthoben und danach von einem Militärgericht entlassen. Daraufhin verbrachte Prabowo einige Jahre in Jordanien, kehrte dann aber wieder zurück nach Indonesien. In kurzer Zeit baute er sich ein Unternehmen auf und gründete die politische Partei Gerindra. Zweimal trat er vergeblich gegen Joko Widodo bei den Präsidentschaftswahlen an.

Prabowo ist ebenfalls ein Nationalist. Er ist sehr stolz auf seine Armeelaufbahn und tritt gerne recht militaristisch auf. Er ist vermutlich nicht sehr religiös, bildete aber in der Vergangenheit Koalitionen mit islamistischen Fundamentalisten wie der PKS. Ein ausgesprochener Islamist wie Amien Rais (Führer der Partai Ummah) hat erklärt, dass er Prabowo Subianto dem Kandidat Ganjar Pranowo vorziehen würde. Prabowo selber hat eine Andeutung Präsident Joko Widodos, er könnte Ganjar Pranowos Vize werden, von der Hand gewiesen. Prabowo wäre wohl bereit, sowohl mit Nationalisten als auch mit Islamisten zu koalieren. Ihm geht es zuallererst um die Macht. Käme es zu einem zweiten Wahlgang und hätte Prabowo einem bei konservativen Muslimen

akzeptablen Vize, würde er wahrscheinlich das Rennen für sich entscheiden können.

Anies Baswedan (54) ist ein Akademiker, der kurze Zeit Minister für Bildung und Kultur im Kabinett Joko Widodos und dann Gouverneur von Jakarta war (2017-2022). Viele Medien haben über die schlechte Amtsführung Anies Baswedans berichtet. Während seines Wahlkampfes zum Gouverneur von Jakarta hatte Anies Baswedan mit der extremistisch Islamischen Verteidigungsfront (FPI) sympathisiert, die 2016-2017 eine religiös-rassistisch motivierte Schmutzkampagne gegen den chinesisch-stämmigen, christlichen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama alias Ahok, geführt hatte.

Für die Wahl 2024 wurde Anies Baswedan zuerst im Oktober 2022 von der Nationaldemokratischen Partei (NasDem) nominiert. Im Januar 2023 stellten sich Alt-Präsident Susilo Bambang Yudhoyono mit seiner Demokratischen Partei und die rechts-islamistische PKS ebenfalls auf Anies Baswedans Seite.

Für die Minderheiten, wie etwa den Buddhisten, Hindus, Anhängern der chinesischen Ahnenverehrung, sowie der Christen (Katholiken und Protestanten), wäre ein Sieg Ganjar Pranowos sicherlich vorteilhaft. Er steht fest zum Rechtsstaat und zur Pancasila. Er hat auch gezeigt, dass er die Rechte aller Bürger gleichermaßen schützt und eindeutig gegen Extremismus eingestellt ist (er hat zum Beispiel damit gedroht, extremistische Lehrer an öffentlichen Schulen zu entlassen).

Für Prabowo hätten die Menschenrechte der Minderheiten wohl keinen so hohen Stellenwert. Angeblich nationale Interessen, wie etwa die Bergbauindustrie in Tanah Papua, würden wohl ohne jegliche Mitsprache der Indigenen durchgesetzt werden.

Im Falle eines Wahlsiegs von Anies Baswedan wird die Sharia wohl noch viel breiter in Indonesien eingeführt werden, auch auf nationaler Ebene. Neun der insgesamt 38 Provinzen Indonesiens haben die Sharia bereits eingeführt, auch wenn es in den meisten Fällen nicht so streng wie in Aceh ist. Je mehr Gegenden unter der Sharia



Ex-Gouverneur von Jakarta, Anies Baswedan, tritt ebenfalls an ©Regierung der Sonderregion Jakarta

stehen, desto mehr wird auch die Diskriminierung gegen liberale Muslime, religiöse Minderheiten, besonders aber auch gegen Frauen und LGBTQIA+ zunehmen.

Die Rolle der Religionen

Was könnte die Rolle der Religionen vor und bei den anstehenden Wahlen sein? Leider nehmen viele 'Fromme' nicht aktiv am politischen Geschehen teil. Politik gilt als 'dreckiges Geschäft'. Deshalb fehlt oft das Bewusstsein, dass sich jeder Bürger am politischen Geschehen beteiligen sollte. Viele gehen nicht zur Wahl und überlassen die politische Arena Akteuren, die nicht die Nöte der Bevölkerung im Blick haben.

Insbesondere in Westpapua, meinem Einsatzort, wäre es sehr hilfreich, wenn die Religionsgemeinschaften Seminare in Staatsbürgerkunde hielten. Man könnte

den Leuten bei der Wahlregistrierung helfen, die Wahlprogramme der Parteien besprechen, über die zivilen Bürgerrechte und -pflichten informieren und die Prozedur an den Wahlurnen einüben. Politischer Unterricht, selbstverständlich neutral und sachlich, ist ein wirklich großes Bedürfnis. Die Religionsgemeinschaften besitzen das Vertrauen der Menschen und die Logistik der Gemeinden reicht bis in die abgelegensten Orte.

Für solchen Staatsbürgerkundeunterricht sollten die Religionsgemeinschaften aber nicht die Politiker, die zur Wahl stehen, sondern unparteiische Sachkundige einsetzen, sonst gestaltet sich der Unterricht als Wahlkampfveranstaltung. Besonders Geistliche sollten sich neutral verhalten. In der Vergangenheit wurden mancherorts 'Hirten' oder 'Hirtinnen' von Politikern angeworben, um sie bei ihren Kampagnen zu begleiten, wodurch ihre 'Herden' in tumultartigen Zeiten im Stich gelassen wurden. Solche Parteinahme verursacht Spaltung in der Gemeinde. Das könnte im bevorstehenden Wahlkampf auch in Westpapua eine große Gefahr sein.

Die wichtigste Aufgabe der Religionen bei Wahlen sollte aber die 'Pflege der Wahrheit' sein. Das betrifft nicht nur die besonnene 'Verkündigung', sondern auch die Wahrung weltlicher Objektivität und Vernunft. Gemeindeglieder müssen den Unterschied zwischen Fakten und Lügen in den sozialen Medien erkennen lernen. Falschmeldungen können Menschen nicht nur dazu verführen, völlig falsche Wahlentscheidungen zu treffen, sondern auch zur Hassrede und zur Gewalt aufhetzen. Im pluralistischen Indonesien sollten nicht nur die verschiedenen Kirchen, sondern alle Religionen zusammenarbeiten, um Politikern und Wahlberechtigten einen ethischen Orientierungsrahmen vorzugeben. ●



Eine Dynastie in Indonesien?

Entscheidung des Verfassungsgerichts macht den Weg frei für eine Kandidatur von Jokowi's Sohn

vom Westpapua-Netzwerk

Joko Widodo kann nach zwei Amtszeiten nicht wiedergewählt werden (Foto Staatssekretariat Indonesien)

Das indonesische Verfassungsgericht hat am Montag, dem 16. Oktober ein langwieriges Urteil gefällt, das es grundsätzlich zulässt, dass eine Person, die jünger als 40 Jahre alt ist, als Präsidentschafts- oder Vizepräsidentschaftskandidat*in kandidiert - sofern sie oder er ein*e gewählte*r Beamt*er/in in einer Region ist.

Ursprünglich sahen die 2017 verabschiedeten Wahlgesetze vor, dass Personen unter 40 Jahren die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen untersagt werde. Drei Klagen vor dem Verfassungsgericht zielten jedoch darauf ab, die Altersgrenze herabzusetzen oder für Bürger mit früherer Erfahrung in der Regierung aufzuheben. Das Gericht wies die ersten beiden Fälle ab. In einer Entscheidung über den dritten Fall widersprach es jedoch seinen beiden vorangegangenen Urteilen und führte ein neues Schlupfloch ein, durch das Personen, die zuvor ein gewähltes Amt innehatten, von der Altersgrenze ausgenommen

werden können. Bei der Entscheidung gab es vier abweichende Meinungen in dem aus neun Richtern bestehenden Gremium.

Auswirkungen hat dies besonders für die nun mögliche Kandidatur von Gibran Raka, dem ältesten Sohn des Präsidenten Joko Widodo (Jokowi). Der 36-jährige Bürgermeister von Solo kandidiert als Vize-Präsident gemeinsam mit dem Verteidigungsminister, Prabowo Subianto, der als Präsidentschaftskandidat antritt.

Gemeinsam treten sie am 14. Februar 2014 gegen die zwei weiteren Präsidentschaftskandidaten Ganjar Pranowo (Gouverneur von Zentral-Java, Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens) und Anies Baswedan (ehemaliger Gouverneur von Jakarta, nominiert von der National-Demokratischen Partei) an.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts rief große mediale und zivilgesellschaftliche Reaktionen nach sich. Besonders die Tatsache, dass der oberste Richter des Gerichts der Schwager des Präsidenten und Gibrans Onkel war. Zudem scheint eine Anfechtung der Wahlergebnisse im nächsten Jahr nicht als unwahrscheinlich und das Verfassungsgericht wird dabei das Gericht sein, das über das Ergebnis entscheidet.

Unterschiedliche Stimmen berichteten, dass das Gericht zunächst den Status eines Gouverneurs als entscheidendes Kriterium für ein politisches Amt eines Kandidaten/einer Kandidaten festlegen wollte. Einflussreiche Akteure hätten dies jedoch auf das Kriterium „gewählter Beamter in einer Region“ minimiert, was auch Bürgermeister*innen und Landrät*innen miteinschließt und damit auch den Sohn von Jokowi.

Die Kandidatur des 36-jährigen Gibran, der derzeit Bürgermeister der zentraljavanischen Stadt Surakarta (Solo) ist, könnte der Kampagne von Prabowo für das Amt des Präsidenten Auftrieb geben. Prabowo trat bereits 2014 und 2019 zur Wahl an und verlor in beiden Wahljahren gegen Jokowi.

Jokowi, der wie der Präsidentschaftskandidat Ganjar Pranowo der PDI-P angehört, wies jegliche politische Einflussnahme auf die Kandidatur seines Sohnes zurück. Auf die Frage nach einer

möglichen Nominierung seines Sohnes sagte er, er werde dies „der Koalition der politischen Parteien überlassen“ und fügte hinzu, dass es die Aufgabe der Eltern sei, für ihre Kinder zu beten und ihnen ihren Segen zu geben. Mehrere Akteur*innen berichteten jedoch, dass Jokowi nur die oberflächlichsten Anstrengungen unternommen habe, um Ganjars Präsidentschaftskampagne zu unterstützen und sich stattdessen für Prabowo eingesetzt habe, den er für unabhängiger und empfänglicher für seine eigene Lobbyarbeit nach seiner Präsidentschaft halte.¹ Einige teilen daher die Meinung, dass Jokowi versuche, in der drittgrößten Demokratie der Welt eine politische Dynastie zu schaffen.

Das Bemühen von Präsident Jokowi, seinen Sohn bei der Kandidatur zu unterstützen, möglicherweise auch, um sein Erbe zu bewahren, könnte am Ende das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fairness der Wahlen beeinträchtigen. ●



Präsidentensohn Gibran Rakabuming (rechts im Bild) tritt mit Prabowo an (Foto Kompas.id)

1 Gammon, Liam: Jokowi takes a huge gamble with son's political elevation, in *The Australian Financial Review*, 23.10.23. Abzurufen unter: <https://t1p.de/5u6gy>



Untersuchung der Identitätspolitik bei den Wahlen in Indonesien: Eine kurze Reflexion

Von Jimmy Sormin

Der Begriff „Identitätspolitik“ wurde von vielen verwendet, nachdem in einigen Ländern kulturelle und religiöse Identitäten für politische Auseinandersetzungen und Agenden genutzt wurden. In Indonesien hat dieser Begriff eine Debatte darüber ausgelöst, ob diese Art von Politik etwas „Tabuisiertes“ und Negatives ist oder ob es sich dabei um etwas ganz Natürliches handelt - denn in der Gesellschaft gibt es eine Dynamik und sogar Spannungen zwischen kulturellen und religiösen Gruppen, und die Identitäten werden oft von vielen Gruppen benutzt, um auszudrücken, wofür sie kämpfen.

Wir können die Dynamik der Identitätspolitik erkennen, wenn bestimmte Identitäten zu einem Instrument der Politik werden, das für die Ziele oder Agenden von Gruppen eingesetzt wird.

Vergleicht man die weltweiten Erfahrungen mit diesem Thema, so gab es in einigen Ländern ähnliche Ereignisse. Zum Beispiel die Erfahrung der amerikanischen Bevölkerung mit der Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren, die zu einer massiven Bewegung mit dem Ziel führte, die Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger in den USA zu erreichen. Darüber hinaus sind die Präsidentschaftswahlen in den USA regelmäßig ein berühmtes Beispiel für eine Identitätspolitik, die mit der Identität der Ethnie, der Religion, des Geschlechts und Minderheiten einhergeht. Wir können in anderen Ländern beobachten, dass die Politik der Identitäten auch in den Bewegungen angewendet wird, die für die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte indigener Völker und von z.B. LGBTQIA+ Personen kämpfen.

In Indonesien haben wir die Identitätspolitik schon vor der Unabhängigkeit des Landes jahrzehntelang erlebt. Die Politik unseres Volkes zur Befreiung Indonesiens nutzte die Identitäten verschiedener Ethnien, Religionen, Ideologien usw., um die Macht gegenüber den Kolonialisten zu konsolidieren und massiv auszubauen. In der alten Ordnung wurde die Politik der Gewinnung bestimmter Gruppen betrieben, die von Nationalisten,¹ Kommunisten und religiösen Gruppen (insbesondere dem Islam) vertreten

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.



wurden. Auch in der Neuen Ordnung wurden ethnische, geografische, parteipolitische und wirtschaftliche Identitäten genutzt, um die Macht bestimmter Gruppen in diesem Land zu stärken.

Nach der Reformationsära in Indonesien, in der die Meinungsfreiheit das Hauptanliegen der Menschen war und einen demokratischen Staat aufzubauen und zu erhalten, hat dies auch eine andere Dynamik in unserer Politik ausgelöst. Die Freiheit wird in gewisser Weise von den mächtigen oder überlegenen Gruppen genutzt, um die anderen kleinen Gruppen zu unterwerfen oder zu verwunden. So nutzen beispielsweise Mehrheitsgruppen (aufgrund von Religion, Kultur oder ethnischer Zugehörigkeit) ihr Recht, ihre Stimme zu erheben, um die Rechte anderer Gruppen zu beschneiden. Bestimmte Gruppen lassen nicht zu, dass sich andere Gruppen entwickeln oder auch nur ihr religiöses/weltanschauliches oder kulturelles Leben in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Es ist keine seltene Erfahrung in diesem Land, dass die Entwicklung von Kirchen oder anderen religiösen Gemeinschaften behindert wird und man ihnen z.B. verbietet, ihr Gotteshaus oder ihr Gemeindezentrum zu bauen, indem man diskriminierende Maßnahmen ergreift oder sie unter Druck setzt.

Die fehlende Kontrolle der transnationalen Bewegungen, die sich auf bestimmte Ideologien stützen, hat auch die Komplexität unserer Politik verursacht. Diese Situation hat die Politiker dazu ermutigt, sich darauf einzustellen, und natürlich haben sie auch die Erfahrungen anderer Länder übernommen, die Identitäten für den Wahlsieg und zur Stärkung ihrer Macht nutzen.

Der Begriff „Identitätspolitik“ oder das, was wir „politik identitas“ nennen, ist jedoch eine Art neuer Begriff, den die Menschen seit den Provinzwahlen in der D.K.I. Jakarta im Jahr 2017 verwenden.

Religiöse und ethnische Identitäten wurden von einer Gruppe von Kandidaten eindeutig zu Waren gemacht und benutzt, um die Wahl zu gewinnen. Das war effektiv, sie haben gewonnen. Aber

gleichzeitig führte dies zu einer Polarisierung und Segregation in der Gesellschaft auf der Grundlage von Religionen und Ideologien.

Der Erfolg der Identitätspolitik bei den Wahlen in Jakarta ermutigte andere Orte und Gruppen, das Konzept zu imitieren. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 verstärkten die Fragen nach politischer und religiöser Identität. Zu dieser Zeit verbreiteten sich viele Falschmeldungen über die Kandidaten im Land. Die Probleme bzgl. der Religions- und Weltanschauungsfreiheit nahmen deutlich zu. Es kam erneut zu einer Polarisierung und Segregation in der Gesellschaft. Dies entwickelte sich zu einem Trend: Bei jeder Wahl in Indonesien werden die Identitätspolitik und ihre Auswirkungen mehr oder weniger nach dem gleichen Muster ausgetragen. Einige Forschungszentren und Experten weisen darauf hin, dass die Identitätspolitik auch bei den Wahlen 2024 das bevorzugte Mittel der Kandidaten und ihrer Parteien/Gruppen sein wird. Die allgemeine Wahlaufsichtsbehörde (BAWASLU) stellte fest, dass die Politik der Identitäten auf der Grundlage von z.B. ethnischer Zugehörigkeit und Religion genutzt wird, um die Wählbarkeit der Kandidaten zu erhöhen oder zu verringern. Irreführende Informationen und Falschmeldungen unterstützen dies. (Indeks Kerawanan Pemilu dan Pemilihan Serentak, Bawaslu, 2023).

In der Zwischenzeit sind wir natürlich nicht frei von jeglicher Dynamik, Identitäten zu nutzen, um bestimmte Ziele auszudrücken und zu erreichen. Präsident Jokowi betonte immer wieder, dass alle Kandidaten oder Menschen die Identitätspolitik nicht in politischen Auseinandersetzungen einsetzen sollten. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass er (oder seine Partei) auch seinen Vizepräsidenten aus einer starken islamischen Gruppe gewählt hat, um die Wahl 2019 zu gewinnen.

Vielleicht sollten wir uns einmal fragen, warum es schwierig ist, einen Präsidenten aus anderen religiösen Identitäten oder aus anderen Ethnien zu haben? Die derzeitige Situation,² in

2 Anm. d. WPN: Der Artikel entstand im Mai 2023.



der Anies Baswedan und Ganjar Pranowo zu Präsidentschaftskandidaten erklärt wurden, ist nicht frei von identitätspolitischen Aspekten.

Auch in der christlichen Gemeinschaft können wir sehen, dass einige Kirchen oder christliche Gruppen diese Art von Politik im politischen Wahlkampf nutzen, indem sie den Begriff „anak Tuhan“ (dt. Gottes Sohn) für christliche Kandidaten verwenden, um ihre Gewinnchancen zu erhöhen. Manchmal ziehen wir es vor, dass christliche Kandidaten ohne rationale Gründe gewählt werden. Wir wählen vielleicht keine qualifizierten Personen, um die Gesellschaft zu regieren. Wir wählen sie, weil sie dieselbe Identität haben wie wir: dieselbe Religion, Ethnie, Geschlecht, Familie usw. Das ist auch in den anderen Religionsgemeinschaften geschehen.

Dies soll niemanden dazu verleiten, unserer Politik skeptisch oder zynisch gegenüberzustehen, sondern es geht vielmehr darum, uns zu ermutigen, uns der Politik bewusst zu werden und andere darüber aufzuklären, wie wir zu klugen Wählern für dieses Land werden können. Hierbei gilt es nicht nur an unsere Gemeinschaft zu denken, sondern auch an die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft, unseres Nationalstaates und unsere politischen Rechte entsprechend zu nutzen.

Wenn die derzeitige Identitätspolitik an die jüngeren Generationen weitergegeben wird, bringen wir ihnen nicht bei, wie man als Christ in dieser pluralen Gesellschaft, die Gott für uns geschaffen hat, leben kann. Identitätspolitik lässt sich natürlich nicht vermeiden, aber es kommt darauf an, wie wir darauf reagieren und/oder sie zum Wohle unserer Gesellschaft, für Gerechtigkeit und Frieden in diesem Land umgestalten. ●





„Wir werden nicht beteiligt“

Interview mit papuanischen Vertretern¹ aus Politik und Kirche

Vom Westpapua-Netzwerk

Für den Präsidenten kann oftmals nur in den großen Städten in Westpapua abgestimmt werden ©Asita Abdul

Bis zur Wahl im Februar 2024 sind es nur noch wenige Monate. Neben der Präsidentschaftswahl werden unter anderem auch die neuen Provinzparlamente gewählt. Wie gestalten sich die Vorbereitungen für die einzelnen Wahlen?

Interviewpartner A: In den Dörfern Westpapas, außerhalb der urbanen Zentren, wird nicht für die Präsidentschaftswahl abgestimmt werden. Die Präsidentschaftswahl konzentriert sich nur auf eine kleine Elite in Westpapua, vorrangig auf die, die in den Städten leben. In den Dörfern hingegen liegt der Fokus auf der Wahl der Abgeordneten für die Provinzparlamente. In den Dörfern selber können die Stimmen auf zwei Arten gezählt werden: entweder zählt jede einzelne Stimme für sich, gemäß den demokratischen Wahlprinzipien oder das Dorf einigt sich auf einen Kandidaten bzw. Partei und gibt eine gemeinsame Stimme stellvertretend für alle Dorfbewohner ab.

Die Vorbereitung für die Wahl der Provinzparlamente wird im November und Dezember ihren Höhepunkt erreichen. Es wird eine arbeitsintensive Zeit werden – besonders so kurz vor Weihnachten.

Wie kommt es, dass in den Dörfern nicht für die Präsidentschaftswahl abgestimmt wird?

Interviewpartner A: Die große geografische Distanz zwischen Jakarta und Westpapua schafft auch eine Distanz in den Köpfen der Papuas in Bezug auf die Präsidentschaftswahl. So werden die Dörfer nicht einmal mit den Wahlboxen ausgestattet, in denen die Stimmen für die Präsidentschaftswahl gesammelt werden. In den Städten Westpapas hingegen wird auch für die Präsidentschaftswahl abgestimmt.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.



Nicht überall gibt es die notwendige Infrastruktur für eine freie und faire Wahl ©Carole Reckinger

Bereits in der Vergangenheit kam jeder gewählte Präsident aus Java – und dies wird auch in Zukunft so sein. Das bedeutet, dass wir in Westpapua stets nur die Wahl zwischen einem guten und einem schlechten Kandidaten aus Java haben werden, aber es wird dennoch immer ein Präsident aus Java.

Der derzeitige Präsident – auch aus Java – Joko Widodo hat Westpapua zwar insgesamt bisher 17mal besucht. Aber seinen Worten auch Taten folgen lassen, tut er nicht. Die Probleme in Westpapua bleiben bestehen.

Was für Auswirkungen wird die zukünftige Politik auf das Leben der Papuas haben?

Interviewpartner A: Die Aufteilung der Provinzen von zwei auf sechs Provinzen in Westpapua hat bereits mehr Migranten nach Westpapua gebracht. Dies wird sich noch weiter verstärken. Sollte es also irgendwann einmal tatsächlich zu einer Wiederholung des Referendums von 1969 kommen, wird das Ergebnis durch die vielen Stimmen der Migranten zuungunsten Westpapas ausfallen. Hinzu kommt, dass sich die Art des

Konflikts verschieben wird. So werden wir Papuas zukünftig weniger in sichtbaren bewaffneten Auseinandersetzungen umgebracht werden, da diese zu große internationale Aufmerksamkeit nach sich ziehen, sondern es wird heimlich geschehen. Papuas werden beispielsweise in Krankenhäusern unerklärlich versterben, in Hinterhalten erstochen, vergiftet oder zu plötzlichen Unfallopfern werden. Bereits aktuell häufen sich diese Berichte der unerklärlichen und plötzlichen Todesfälle von Papuas.

Auf Jokowi lagen bei seiner Wahl 2014 viele Hoffnungen – auch für Westpapua. Diese wurden jedoch nicht erfüllt. Haben die Papuas daher überhaupt noch Hoffnungen in die Politik und darauf, dass der neue Präsident doch einen Dialog in Westpapua anstoßen wird?

Interviewpartner A: Die Papuas werden gar nicht als potentielle Wähler gesehen, die auch eine Stimme für die Präsidentschaftswahl haben. Wir werden nicht beteiligt. Dies scheitert schon an den fehlenden Wahlboxen in den Dörfern oder an den

mangelnden Informationen über die jeweiligen politischen Programme der Kandidaten. Dies ist gar nicht als ein frei gewählter Akt des Widerstands der Papuas zu deuten. Sondern vielmehr als eine Ausgrenzung ihrer Stimme – sie bekommen erst gar nicht die Wahl.

Die Erwartungen an den Ausgang der Wahl und deren Bedeutung für Westpapua sind also sehr gering. Denn wer auch immer es sein wird – ob ein guter oder ein schlechter Kandidat – da sie alle aus Java kommen und ihr ganzes politisches Denken um Java kreist, wird es für Westpapua keine politische Lösung geben.

Indonesien wird zukünftig wirtschaftlich und politisch – auch in der Rolle als Partner gegen China – eine immer größere Rolle spielen. Gleichzeitig halten der bewaffnete Konflikt und die Menschenrechtsverletzungen durch indonesische Sicherheitskräfte in Westpapua weiter an. Was ist die Botschaft der Papuas an die deutsche Bundesregierung?

Interviewpartner B: Für die Papuas ist es wichtig, dass sich internationale Akteure dreier Dinge bewusst sind. Erstens: die Richtigstellung über das Referendum von 1969 und die damit verbundene Geschichte Westpapas, an der auch unterschiedliche internationale Akteure beteiligt waren. Zweitens: Aufmerksamkeit für die Menschenrechtsverletzungen in Westpapua. Drittens sollten sich alle darüber bewusst sein, dass die von der indonesischen Regierung verfolgte militärische Strategie in Westpapua nicht zu einer Lösung des Konflikts führen wird. ●



Nicht jede*r hat eine Wahl in Westpapua ©Asita Abdul



Jayapura ©Westpapua-Netzwerk



„In Papua ist alles politisch“

Gespräch mit Hana Damimetouw

Vom Westpapua-Netzwerk

Jubi²⁰⁰⁷.id

Hana S. Damimetouw ist Direktorin von Jubi, einer Nachrichtenplattform in Westpapua. Jubi veröffentlicht Nachrichten über ihre indonesisch- und englischsprachiger Website, einer Zeitung, Podcasts und dem Fernsehsender Jubi TV.

Warum ist die Wahl 2024 auch für Westpapua besonders von Bedeutung?

2024 wird nicht nur der neue Präsident gewählt, es finden auch Regionalwahlen und Gouverneurswahlen statt, auch in Papua. Zudem wird der MRP (Majelis Rakyat Papua, dt. Papuanischer Volksrat) gewählt, der die Interessen der indigenen Bevölkerung vertritt. Viele Kandidaten machen schon Werbung, obwohl die Wahlkampfphase offiziell noch nicht begonnen hat.

Merkt man das auch im Alltag? Sind die Wahlen ein wichtiges Gesprächsthema?

Alle Kandidaten haben ihre Zielgruppen und versuchen natürlich, möglichst viele anzusprechen. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass es für die Präsidentschaft zurzeit keinen Favoriten gibt. Ein Kandidat wie Prabowo Subianto, der als damals als General Militäraktionen in

Westpapua geleitet hat, ist für einige deswegen nicht wählbar. Aber viele kennen die Geschichte nicht. Für viele kommt keiner der Kandidaten wirklich in Frage. Sie haben den Eindruck, dass die Politiker viel versprochen haben, aber dass nicht wirklich viel Gutes für die Menschen in Papua passiert ist. Sie glauben den Versprechen nicht mehr und haben kein Vertrauen in Politiker. Man sieht das auch beim jetzigen Präsidenten. Keiner seiner Vorgänger ist so oft nach Westpapua gereist. Jokowi signalisiert großes Interesse an die Region und anfangs kam das bei den Menschen gut an. Mittlerweile denken viele: er will hier nur Ausflüge machen und nichts bewirken.

Jubi ist ja manchmal auch kritisch gegenüber der Regierung. Manche behaupten Jubi sei zu politisch.

Wir berichten über alle möglichen Themen und Ereignisse, die in Papua, in Indonesien und weltweit passieren, aber eigentlich kann man sagen: in Papua ist alles politisch; vom Umweltschutz bis zum Sport. Jubi vertritt keine Interessen einzelner, sondern wir berichten, was in der Gesellschaft passiert. Die Berichterstattung ist ziemlich ausgewogen. Natürlich sind wir manchmal kritisch gegenüber der Regierung, aber immer fair.

Sind die Wahlen in Westpapua auch Thema in anderen Teilen Indonesiens?

Mein Eindruck ist, dass viele in Indonesien die Komplexität der Situation in Westpapua nicht begreifen. Es gibt zwar einige, die sich besonders

für Politik, Geschichte und Umweltthemen interessieren, vielleicht sogar als Aktivist*innen aktiv sind. Für die allermeisten ist Papua jedoch kein Thema. Sie denken, das sind die, die ständig demonstrieren und sich abspalten wollen. Kaum jemand fragt warum. Das gilt nicht nur für die anderen Regionen Indonesiens, sondern auch für die Zugewanderten in Papua selbst. Es ist so, als würden wir in einem Haus leben. Alle sitzen am Esstisch, aber die einen sagen: ich interessiere mich nicht dafür, wie es dir geht.

Wenn es kein Vertrauen in die jetzige Regierung gibt, haben die Menschen in Papua Hoffnung für die Zukunft? Wie kann das Vertrauen gewonnen werden?

Wir Papuas haben das Gefühl, dass es keinen Unterschied macht, ob wir wählen oder nicht. Viele, besonders junge Menschen, richten ihre Aufmerksamkeit lieber nach innen. Sie konzentrieren sich auf die persönliche Entwicklung, auf Selbstoptimierung. Das kann auch negative Folgen haben. Wenn man alles verkauft, um sich selbst zu bereichern, ist nichts mehr für die anderen und für spätere Generationen da.

Vom Amt des Präsidenten erwarten die Menschen in Papua nicht viel. Wir glauben nicht, dass sie die Probleme in Papua lösen werden. Die Regierung hat die Informationen über Verbrechen, die passiert sind, aber es wird nichts unternommen, um diese aufzuarbeiten. Dies wäre ein unangenehmer, langwieriger Prozess. Stattdessen wählt die Regierung den einfachen Weg: die Menschen manipulieren für eigene Interessen.

Gibt es niemanden in Papua, der oder die eine Vorbildfunktion hat?

Es gibt einzelne Personen, die in ihren jeweiligen Gebieten wirken und für die Menschen vor Ort inspirierend sind. Für ganz Papua gibt es jedoch niemanden, der uns vertritt und allgemein anerkannt ist. Eine Figur wie Theys Eluay¹ kommt vielleicht erst in 10 bis 20 Jahren wieder. Ich kann mich gut an ihn erinnern, obwohl ich ein Kind war. Meine Eltern sagten, er ist unser Anführer, er spricht für uns alle. Wir waren alle erschüttert, als er umgebracht wurde. Wir haben ihn sehr bewundert und er wurde uns genommen. Indonesien hat dazugelernt. Sie wissen, dass die regionale Zugehörigkeit sehr wichtig für die Papuas ist. Eine Führungsperson aus Biak wird nicht von den Menschen im Hochland anerkannt. Dieser Regionalismus schadet uns und spielt der Zentralregierung in die Hände.

Welche Rolle nimmt Jubi ein in dieser Situation?

Es gibt viele Medienquellen in Indonesien und außerhalb, die nicht die Wahrheit über Papua berichten. Es ist auch bereits vorgekommen, dass Jubi's Name missbraucht wurde, um Falschnachrichten zu verbreiten, zum Beispiel wurde unsere Webseite geklont. Wir sind andauernd von Cyberangriffen betroffen. Für Jubi ist es wichtig, dass wir weitermachen mit unserer Arbeit. Wir sind stark vernetzt mit Kolleg*innen in anderen Teilen Indonesiens und bekommen auch international Unterstützung. Jubi steht für „jujur bicara“ (deutsch: ehrlich sprechen), ist aber auch ein Wort für Speer oder Pfeil in einer der Sprachen Papuas. Wir wollen weiter Sprachrohr der Papuas sein. ●

1 Theys Eluay war ein bekannter Anführer der Papuas, der 2001 von Mitgliedern des Kopassus, einer Spezialeinheit des indonesischen Militärs, ermordet wurde.



„Indonesien spielt mehr und mehr eine geopolitisch wichtige Rolle“

Interview mit
Andreas Harsono
(Human Rights Watch
Indonesia)

Vom Westpapua-Netzwerk



Andreas Harsono in Berlin im September 2023
©Westpapua-Netzwerk

Nach zwei Amtszeiten Joko Widodos endet im nächsten Jahr seine Zeit als Präsident. Mit seinem Amtsantritt 2014 waren viele Hoffnungen verbunden – auch für Westpapua. Welche Hoffnungen haben sich für Westpapua während Jokowi's Präsidentschaft tatsächlich erfüllt und welche nicht?

Andreas Harsono: Als Jokowi damals als Präsidentschaftskandidat kandidierte, sprach er primär über ein Hauptanliegen für Westpapua: wirtschaftliche Entwicklung. Er und sein Team waren der Ansicht, dass das Hauptproblem in Westpapua Korruption und die ungleiche Entwicklung waren. Zusätzlich setzte er besonders in Bezug auf die Situation der Menschenrechte in Westpapua zwei Dinge zu Beginn seiner Amtszeit um: im Mai 2015 begann er damit, politisch Inhaftierte zu entlassen und im selben Monat erklärte er, Westpapua für ausländische Journalist*innen öffnen zu wollen. Jokowi war

zudem der erste indonesische Präsident, der ein Gefängnis in Westpapua besuchte. Im Mai 2015 besuchte er das Abepura Gefängnis und erteilte die Begnadigung für fünf politisch Inhaftierte Papuas. Während der nächsten zwei Jahre entließ die Jokowi-Regierung weitere politisch Inhaftierte Papuas. Bis Ende 2016 entließ Jokowi alle politisch inhaftierten Papuas.

Was zunächst nach einem positiven Schritt aussah, änderte sich in den nächsten Jahren wieder. Von 2019 bis heute wurden mehr als 300 Papuas wegen ihrer friedlichen politischen Aktivitäten inhaftiert. Das bedeutet, dass die Zahl, der seit 2019 politisch inhaftierten Papuas aktuell höher ist als zum Amtsantritt Jokowi's im Jahr 2014.

Für Westpapua bedeutet das weiterhin anhaltende Proteste gegen die immer noch bestehenden Probleme wie Rassismus, Marginalisierung indigener Papuas, Zerstörung der Umwelt, Abschottung Papuas vor der internationalen Presse und dem mangelnden Zugang für unabhängige Menschenrechtsbeobachter*innen

und die anhaltende Kritik gegen die Manipulation des Referendums vom Jahr 1969. Präsident Jokowi hat es nicht geschafft, diese dem Konflikt zugrunde liegenden Probleme in Westpapua ausreichend zu adressieren und anzugehen.

Besonders der Zugang für ausländische Journalist*innen nach Westpapua ist etwas, in dem zu Beginn von Jokowi's Präsidentschaft viele Hoffnungen lagen. Seit 1967 ist dieser Zugang eingeschränkt. Während der Präsidentschaft von Abdurrahman Wahid (1999-2001) hatten ausländische Journalist*innen freien Zugang nach Westpapua. Mit der Präsidentschaft von Megawati Sukarnoputri (2001-2004) nahmen die Restriktionen jedoch wieder zu. Unter Jokowi wurde einigen wenigen Journalist*innen der Zugang zu Westpapua gewährt. Jedoch war dieser stark limitiert und ihre Berufsausübung daher nicht frei möglich. Damit verstößt Indonesien gegen die Johannesburg Prinzipien, die festlegen, Journalist*innen nur aufgrund einer tatsächlichen Gefahr und nur für eine bestimmte Zeit den Zugang in bestimmte Regionen eines Staates einzuschränken. Westpapua ist jedoch bereits seit 1967 fast durchgehend für ausländische Journalist*innen nicht zugänglich. Jede Woche entscheiden 18 staatliche Einrichtungen und Ministerien wie Polizei, Militär und der Geheimdienst über Anfragen ausländischer Journalist*innen, die Zugang nach Westpapua erhalten möchten. Eine Genehmigung wird nahezu nie erteilt.

In den letzten Jahren ist viel in der Welt passiert: Die Coronapandemie und der Ukrainekrieg haben die Wirtschaft schwer getroffen. Anstatt das Konzept eines friedlichen Multilateralismus voranzutreiben,

ziehen sich viele Staaten wieder in nationalstaatliche Interessen zurück. Gleichzeitig beginnt eine weltweite Aufrüstung und im südostasiatischen Raum die Frage: wie umgehen mit China? Wie sieht Indonesiens Rolle in dieser sich weltweit verändernden Situation aus?

Andreas Harsono: Indonesien spielt mehr und mehr eine geopolitisch wichtige Rolle. Nicht nur, weil Indonesien der größte Staat in Südostasien ist, sondern vielmehr eine vermittelnde Rolle einnimmt und mehr und mehr mit gegenüberstehenden Interessen zwischen China und seinen Verbündeten und den USA und seinen Verbündeten konfrontiert wird. Es gibt viele neue Dynamiken in der internationalen Politik. Auch in Südostasien. Die ASEAN¹ selber ist ebenfalls zerrissen. Staaten wie Kambodscha und Myanmar orientieren sich an Beijing und Staaten wie die Philippinen und Singapur stehen an der Seite der USA. Die ASEAN ist zudem nicht in der Lage, die größte Krise seit der Gründung des Staatenbündnisses zu überwinden: der Konflikt in Myanmar. Internationale Organisationen wie die UN erleben derzeit z.B. eigene Hemmnisse, wie mit den politischen Krisen auf der Welt umgegangen werden kann, wenn China und Russland als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat wiederholt von ihrem Veto-Recht Gebrauch machen. Indonesien selber präsentiert sich als eine Art „balancing actor“ in diesem geopolitischen Machtspiel und betont dabei wiederholt gerne seine weltweite Rolle als größter muslimisch geprägter Staat. Alleine dies ist ein großes Verkaufsargument für Indonesien und seine Position in der (geo)politischen Weltlage. All dies wird es zukünftig noch schwerer machen, ausreichend Aufmerksamkeit auf die Situation in Westpapua zu ziehen.

1 Association of Southeast Asian Nations. Ein Staatenverbund Südostasiatischer Nationen, der 1967 gegründet wurde und zehn Mitglieder hat: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Brunei, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha.

Es exportieren weiterhin viele Staaten Rüstungsgüter nach Indonesien – allen voran die USA und Australien. Auch Deutschland hat im Juni 2023 den Export zweier Flugzeuge zugesagt. Wie schafft Indonesien es, auf dem internationalen Parkett die Rolle des demokratischen Partners so erfolgreich zu erfüllen?

Andreas Harsono: Auf dem Papier gibt es in Indonesien eine Demokratie, aber es ist eine unfreie Demokratie. Es ist bekannt, dass Indonesien seine Minderheiten aufgrund des Geschlechts oder der Religion unterdrückt. Indonesien hat zusätzlich erst vor kurzem ein drakonisches neues Strafgesetzbuch verabschiedet. Wie kann es also sein, dass trotz der Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen bürgerlicher und politischer Rechte und Freiheiten, Indonesien mehr Rüstungsgüter bekommt, die wiederum das Leben der Papuas gefährden? Ganz einfach, wegen des als solchen zu bezeichnenden neuen Kalten Krieges zwischen China und Russland auf der einen Seite und den westlichen Staaten auf der anderen Seite. Hinzu kommen weitere globalpolitische Entwicklungen, die das Weltgefüge in Bewegung bringen und weniger starr erscheinen lassen als noch zu Zeiten des eigentlich Kalten Krieges und andere Staaten machtpolitisch stärken. Neben Indonesien haben auch die Afrikanischen Staaten und die Afrikanische Union (AU) eine immer größere Stimme und auch z.B. Indien wächst in seiner geo- und wirtschaftspolitischen Bedeutung – besonders in der Rivalität zu China.

Was diese Strategie für Westpapua bedeutet, haben wir an der Entscheidung der MSG gesehen, die ULMWP nicht als Mitglied aufzunehmen. Die Lobbyarbeit Indonesiens, einschließlich der vorangegangenen Besuche Widodos z.B. in PNG mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Versprechungen

haben Wirkung gezeigt. Ist damit die Unterstützung des Pazifiks für Westpapua beendet?

Andreas Harsono: Ich hoffe nicht. Die Unterstützung der Menschen im Pazifik für die Papuas wächst mehr und mehr. Das Handeln der Regierungen der Staaten im Pazifik steht jedoch auf einem anderen Blatt. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Zivilbevölkerung im Pazifik weiter über das Leiden der Papuas informiert wird. Die MSG hat ganz offensichtlich gegenüber den Papuas versagt. Gleichzeitig gab es aber auch innerhalb der ULMWP einige Versäumnisse. Dies gibt der ULMWP aber auch die Chance, sich zukünftig besser zu koordinieren und ihre diplomatischen, politischen und kommunikativen Fähigkeiten auszubauen und zu verbessern. Gelingt dies, besteht die Chance, auch weitere Solidarität aus dem Pazifik für die Belange der Papuas aufzubauen. Ich bin Indonesier, meine Position besteht weder darin, die Unabhängigkeit Westpapas zu unterstützen noch ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu verweigern oder abzulehnen. Ich als Menschenrechtsverteidiger würde es begrüßen, wenn die ULMWP in die MSG eingebunden wird, da es Indonesien sogar nutzen würde. Indonesien hätte so einen Weg zum Dialog und zur direkten Kommunikation mit der ULMWP. Ohne einen Dialog werden die Probleme weiter anhalten und sowohl für die indonesische Regierung als auch für die Zivilbevölkerung, heute und in der Zukunft, eine anhaltende Last darstellen. Ohne einen Dialog werden wir die Probleme in Westpapua niemals beenden können, Menschenrechtsverletzungen werden nie gestoppt werden und die Zerstörung der Umwelt in Westpapua wird niemals ein Ende finden.

Die kommende Wahl des Präsidenten wird in Westpapua nicht für jede*n eine Wahl sein. Viele Orte und Gemeinden werden nicht mit den entsprechenden Wahlurnen versorgt, um überhaupt für den Präsidenten

wählen zu können und dennoch wird besonders Westpapua die Auswirkungen der Wahl zu spüren bekommen. Wie schätzen Sie die Zukunft Westpapas und den Ausgang der Wahl auf den Konflikt in Westpapua ein?

Andreas Harsono: Die Infrastruktur in Westpapua für die Durchführung einer Wahl ist nicht angemessen, um eine faire und ehrliche Wahl in Westpapua zu garantieren – besonders in den vier neuen Provinzen. In anderen Provinzen ist es z.B. leichter, digital eine Wahlregistrierung zu überprüfen. Dies ist ein Manko in den sechs Provinzen Westpapas. Die sechs Provinzen Westpapas sind jedoch entscheidend, für die Zusammensetzung des Parlaments. Die geringe Bevölkerungszahl in den sechs Provinzen Westpapas macht es für Kandidat*innen leichter, dort einen Platz zu gewinnen als z.B. in Java. Dies macht es attraktiver, aus diesen Provinzen heraus für einen Platz im Parlament zu kandidieren. Mit der Konsequenz, dass die Qualität der politischen Repräsentant*innen aus diesen sechs Provinzen noch schlechter sein wird als es aktuell schon der Fall ist und in den letzten zwanzig Jahren bereits der Fall war. Ich bin also besorgt, dass die Wahl 2024 und ihr Ausgang keine positiven Entwicklungen für die indigenen Papuas in Westpapua bedeuten werden. ●





Jack Urame ©Arnim Doerfer, Mission EineWelt

„Das Leben wird erst durch Verbindungen zu anderen wirklich bedeutsam“

Interview mit Jack Urame
(Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea)

Vom Westpapua-Netzwerk

Im Februar 2024 finden die Wahlen in Indonesien statt und es wird unter anderem ein neuer Präsident gewählt. Inwiefern findet dieses Thema bereits in den Medien in Papua-Neuguinea einen Platz?

Jack Urame: Obwohl Indonesien und Papua-Neuguinea (PNG) eine gemeinsame Grenze teilen, werden politische Inhalte nicht sehr intensiv diskutiert. Wir sind jedoch besonders aufgrund unserer kirchlichen Verbindungen zu Westpapua sehr an dem Thema interessiert und informieren uns über Zeitungen und Fernsehberichte darüber. Obwohl wir geografisch so nah sind, ist es aber auch für uns schwer, eine freie Berichterstattung über die Themen in Westpapua und Indonesien zu erhalten.

Die Wahl in Indonesien ist ein wichtiges Thema. Hier treffen die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen über ihre Politik und ihre Zukunft. Wir als Kirche sind besonders wegen unser Brüder und Schwestern in Westpapua an dem Ausgang der Wahl interessiert.

Als Kirche ist jedoch unser politischer Einfluss begrenzt, aber dennoch haben wir in der kirchlichen Gemeinschaft eine Stimme, die wir dafür einsetzen, um auf die Bedeutung der Wahl und deren Ausgang für Indonesien und besonders für Westpapua hinzuweisen. Unsere Brüder und Schwestern in Westpapua sind geschichtlich und kulturell mit uns verbunden und besonders als Kirche in PNG schauen wir daher mit großem Interesse auf die Wahl in Indonesien im nächsten Jahr.





Die Situation der Flüchtlinge aus Westpapua findet zu wenig Beachtung © Julia Ratzmann, Pazifik-Infostelle

Nach neun Jahren als Präsident endet Jokowi's Amtszeit im nächsten Jahr. Aus der Sicht eines Nachbarstaates: Welche Fortschritte oder auch Rückschritte haben seine Amtszeit für den Pazifikraum mit sich gebracht?

Jack Urame: Meiner Meinung nach hatte Jokowi's Präsidentschaft wenig Einfluss auf den Pazifikraum. Viele Staaten im Pazifik haben kaum enge Beziehungen zu Indonesien, was wiederum Indonesiens Einfluss in der Region schmälert. Obwohl wir also gemeinsam mit Indonesien, geografisch gesehen, gemeinsame Räume im Pazifik teilen, ist die wirtschaftliche und politische Verknüpfung Indonesiens zum Pazifik, meiner Ansicht nach, nicht sehr stark.

Vielleicht wird diese Wahl im Ergebnis die Kooperation und den Dialog mit dem Pazifik verstärken. Wir würden dies sehr begrüßen. Denn je mehr Räume für Dialog und Kooperation geschaffen werden, umso größer wird auch das Verständnis füreinander. Die Besuche Jokowi's im Pazifik – auch bei uns in PNG – haben zwar verdeutlicht, dass ein Interesse Indonesiens an unserer Region besteht, zu einer starken Verbindung haben diese jedoch nicht geführt.

Im Sommer 2023 besuchte Präsident Jokowi PNG und brachte mehrere wirtschaftliche Versprechungen mit. Unter anderem bewarb er ein Stipendienprogramm für Studierende aus PNG und ein Training für kleine und mittelständische Unternehmen in PNG, um sie im Export ihrer Waren zu unterstützen. Wie werden solche Versprechungen in der Bevölkerung aufgenommen?

Jack Urame: Diese Zusagen sind eher als ein Versprechen zu interpretieren, die Beziehungen und den Dialog auf politischer Ebene aufrechtzuerhalten. Am Ende müssen wir abwarten, ob und wie diese auch implementiert werden und sich daher bewahrheiten. Wir hoffen dies natürlich.

Unsere Regierung ist sehr daran interessiert, eine koordinierte Beziehung zu Indonesien zu haben. Dies ist gut. Aber erst muss sich tatsächlich zeigen, welche Früchte diese Kooperationen tatsächlich tragen können und dass es nicht nur ein politischer Dialog bleibt, der nicht umgesetzt wird. Durch einen Wechsel im Präsidentenamt kann sich alles auch nochmal ändern und es bleibt daher weiterhin sehr unsicher zu sagen, ob PNG tatsächlich wirtschaftlich profitieren kann und auch tatsächlich wird.





Flüchtlingscamp in Vanimo, PNG © Julia Ratzmann, Pazifik-Infostelle

Ein Thema, das wenig Raum für Diskussion zwischen Indonesien und PNG findet, ist die Situation der vielen Flüchtlinge, die zum Teil seit Jahrzehnten an der Grenze zu Westpapua in PNG ausharren. Wie sieht die Versorgung dieser Flüchtlinge derzeit aus?

Jack Urame: Die mangelnde Beachtung für die Situation dieser Flüchtlinge ist gleichzeitig auch das größte Problem. Viele von ihnen sind seit vielen Jahren, gar schon Jahrzehnten in Papua-Neuguinea. Sie sind auf der Suche: auf der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft. Vielen von ihnen gelingt es nicht gut, sich dauerhaft niederzulassen und zu integrieren.

Um dies zu ändern, gab es in PNG die Diskussion, diesen Menschen Land zu geben. Land, wo sie sich niederlassen können, wo sie Arbeit finden können, wo sie zur Ruhe kommen können und ihre Familien versorgen können. Unsere Regierung in PNG unternimmt jedoch nicht die notwendigen Schritte, um dies zu gewährleisten und ihnen eine wirtschaftliche und soziale Integration zu ermöglichen, damit diese Menschen nicht nur überleben sondern leben. Es geht hier um Menschenleben. Aktuell gibt es keine konkreten staatlichen Pläne, sie erfolgreich zu integrieren und sie dadurch nicht mehr als Ausländer zu betrachten.

Diese Flüchtlinge müssen zu uns gehören – wir sind pazifische Inselbewohner*innen – wir sind Melanesier*innen. Wir müssen uns daher um

unsere Brüder und Schwestern kümmern, damit sie sich wie zu Hause fühlen können und einen Platz in der Gesellschaft finden können. Das dies tatsächlich geschieht, ist unsere größte Hoffnung.

Im August sprachen sich die Mitglieder der MSG gegen eine Vollmitgliedschaft der ULMWP in der MSG aus. Auch auf der Ebene der UN ist der Pazifik ruhiger mit Kritik an Indonesien geworden. Aus Sicht der Kirchen: was hat diese Entwicklungen beeinflusst?

Jack Urame: Auf der kollektiven Ebene, z.B. in der Pacific Conference of Churches ist es für viele Pazifik-Akteur*innen einfacher, eine gemeinsame Stimme zu finden. Aber individuell betrachtet, sind viele Pazifik-Staaten nicht stark genug. Gleichzeitig wollen sie ihre diplomatischen Beziehungen zu Indonesien aufrechterhalten und weiter ausbauen, was sie ebenfalls an offener Kritik hindert. Zudem besteht nicht zu jedem Thema Einigkeit im Pazifik, was eine gemeinsame Stimme auch auf der politischen Ebene wie z.B. der MSG ebenfalls manchmal erschwert.

Wir brauchen jedoch Solidarität. Wir müssen unsere Stimme als Pazifikbewohner*innen gemeinsam erheben und erhalten. Schaffen wir, auch gemeinsame Sorgen als solche zu äußern, gibt uns dies mehr Glaubwürdigkeit und Stärke, um für die Bewohner*innen unserer Region aufzustehen. Aufteilungen und Fragmentierungen in der Region geben uns hingegen keine Stärke. Die Stimme der Kirche ist hierbei genauso wichtig wie der politische Konsens. Denn auch wir als Kirche haben eine Kraft inne und einen Raum, in dem wir unsere Stimme erheben können.

Inwiefern bestehen zwischen den Kirchen in PNG und Westpapua gemeinsame Programme oder Austausch?

Jack Urame: Kirchliche Partnerschaften sind ein wichtiger Weg, um anhaltende Beziehungen aufrechtzuerhalten und uns als Bewohner des Pazifiks gemeinsam auszutauschen. Wir brauchen einander. Unsere Brüder und Schwestern in Indonesien – und besonders in Westpapua – müssen viele Herausforderungen bewältigen. Es ist unsere Verantwortung als Christ*innen und als Kirche, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten. In gegenseitigen Besuchen von oder nach Westpapua teilen wir unsere Geschichten, hören einander zu und ermutigen uns. Wir haben ein gemeinsames Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, das unsere Partnerschaft stabil hält. Wir tauschen uns per Email aus und so oft es geht auch persönlich. Inmitten von Herausforderungen und Schwierigkeiten versuchen wir, zusammenzuhalten. Sie sind nicht alleine und sollen dies auch spüren. In ihren Herausforderungen sind wir bei ihnen. Wir beten für sie und unterstützen sie. Dieses Gefühl von Gemeinschaft macht die Beziehung so lebendig. Und dies ist doch das eigentliche, worum es geht: Mensch zu sein, eine Gemeinschaft zu sein, Brüder und Schwestern auf dieser Welt zu sein. Wir können die Sorgen anderer nicht einfach ignorieren. Das Leben wird erst durch Verbindungen zu anderen wirklich bedeutsam.

In Westpapua wächst die Sorge vor einem immer kleiner werdenden Einfluss der Kirche. Immer wieder gibt es auch Angriffe gegen kirchliche Mitarbeiter*innen. Welche Möglichkeiten haben die Kirchen in den pazifischen Staaten, hier unterstützend tätig zu werden?

Jack Urame: Wir verstehen die Situation der Kirchen in Westpapua und unter welchem Kontext sie vor Ort arbeiten. Das Verhältnis der Religionen in Westpapua hat sich geändert. Der Einfluss der Kirche schwindet.

Durch unsere Netzwerkarbeit wird ihnen jedoch gezeigt, dass sie nicht alleine sind und sie weiterhin gehört werden. Wenn sie ihre Stimme nicht selbst erheben können, können wir Kirchen dies hier in PNG für sie tun oder in anderen Staaten des Pazifiks. Es gibt also Möglichkeiten auch außerhalb Westpapas, der Stimme der Kirche Gehör zu verschaffen.

In Westpapua besteht die Sorge, dass der neue indonesische Präsident die entwicklungsorientierte Politik in Westpapua fortführen wird, anstatt einen Dialog zu suchen. Welche Hoffnungen, Sorgen oder Wünsche hat der Pazifikraum in Bezug auf den neuen Präsidenten Indonesiens?

Jack Urame: Wir hoffen, dass wir unsere pazifische Solidarität weiter stärken können. Wir brauchen Frieden in der Region. In dieser unsicheren Zeit, wo Konflikte und Kriege zum Alltag vieler Menschen weltweit gehören, sind unserer aller Freiheit und Würde mehr denn je herausgefordert. Im Pazifik brauchen wir Frieden. Wir müssen widerstandsfähige Gemeinschaften schaffen, um die Freiheit und Würde unserer Bevölkerung zu schützen. Menschen müssen das Gefühl von Hoffnung verspüren, dass es immer Vorwärts geht, sie sich als freie Menschen und gleichzeitig als Teil einer Gemeinschaft fühlen. Sie müssen leben. Dafür hat Gott uns geschaffen – um diese Freiheit und diesen Frieden zu genießen. Aber der Mensch hat so viel Leid zu



Die Stimme der Kirche stärken ©Westpapua-Netzwerk

beklagen. Daher hoffen wir, dass mit einem neuen indonesischen Präsidenten, die Gemeinschaft im Pazifik stärker zusammenarbeitet, um den Frieden und die Freiheit der Menschen im Pazifik zu gewährleisten und in Solidarität zusammenzuwirken, um globale politische Probleme wie Kriege und Konflikte oder die Folgen der Erderwärmung zusammen anzugehen.

●





Die Grüne Lunge in Gefahr

Ein Gespräch über Umwelt- und Indigenenrechte in Westpapua

Vom Westpapua-Netzwerk

Keerom Food Estate ©Magda Kafiar

Franky Samperante ist Direktor der Stiftung Pusaka Bentala Rakyat, die sich für die Umwelt und die Rechte Indigener Menschen einsetzt.

Herr Samperante, die Stiftung Pusaka Bentala Rakyat setzt sich für die Rechte Indigener Menschen ein. Diese sind eng verknüpft mit Umweltthemen und Gesetze zum Umweltschutz. Warum diese Verbindung und wie ist die Lage unter der jetzigen Regierung?

Indigenenrechte kann man nicht trennen von den Gesetzen, die den Lebensraum der indigenen Menschen betreffen. Die Menschen leben größtenteils vom Wald, vom Meer, von den Flüssen. Das Problem ist, dass das Bewusstsein dafür fehlt. Es fehlt an Respekt für die Bedürfnisse

der indigenen Menschen und an Schutz ihres Lebensraums. Es gibt Gesetzestexte, die den Schutz indigener Gemeinschaften beschreiben und in unserer Verfassung ist die Achtung indigener Gemeinschaften verankert. Die Regierung bedenkt diese Gemeinschaften jedoch meist nicht, wenn Entscheidungen getroffen werden und sie werden auch nicht einbezogen, wenn diese Entscheidungen getroffen werden. Das führt dazu, dass das Land beansprucht wird durch Konzerne und auch durch die Regierung selbst und die Menschen Diskriminierung und Gewalt erleben.

Ein weiteres Problem ist, dass es neben der Verfassung auch sektorale Gesetzgebung gibt, zum Beispiel Forst- oder Plantagengesetze. Nach langen Prozessen, die durch zivilgesellschaftliche Organisationen vorangetrieben wurden, beinhalten auch diese in der Regel Klauseln, nach denen indigene Gemeinschaften geachtet, geschützt und in Prozesse einbezogen werden müssen. Hier hapert es vor allem an der Umsetzung. Oft werden die Gemeinschaften doch umgangen.



Flaches Land, wo früher einmal Regenwald stand ©Magda Kafiar

Zu den Umweltgesetzen kann man sagen, dass die indonesische Regierung viele internationale Leitlinien übernommen hat. So haben wir zum Beispiel Gesetze zum Schutz natürlicher Ressourcen und der biologischen Vielfalt und weitere Gesetze im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris. Hier sehen wir wieder: nicht nur die Umsetzung läuft schlecht, zum Teil gibt es Widersprüche mit anderen Gesetzen, die zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung fördern sollen.

Das sind ja Probleme, die viele Gebiete und indigene Gruppen in Indonesien betreffen, zum Beispiel in Kalimantan und Sumatra. Was macht die Situation in Westpapua besonders?

Westpapua unterscheidet sich von anderen Gebieten in Indonesien, weil diese Region als „Konfliktgebiet“ gesehen wird. Dies geschieht absichtlich. Westpapua ist reich an natürlichen Ressourcen. Um Zugang dazu zu verschaffen, werden Konflikte gefördert, was dazu führt, dass die Menschen unzufrieden sind und sich auflehnen und dann werden ihre Rechte missachtet.

Ich nenne ein Beispiel: Es gibt zwei Richtlinien im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, nämlich für Wälder und für Land. Der Wald wird vom Ministerium für Umwelt und Forst verwaltet. Das Land wird vom Ministerium für Agrarangelegenheiten und Raumplanung verwaltet. Als Papua Teil Indonesiens wurde, wurden große Gebiete als „Staatswald“ ausgewiesen. Heute agiert der Staat auch noch entsprechend. Waldgebiete werden aufgeteilt und Lizenzen zum Abbau von Ressourcen vergeben. Viele indigene Menschen, die dort leben, verstehen das nicht. Kein normaler Bürger versteht das komplexe Geflecht von behördlichen Zuständigkeiten, Raumplanung, Lizenzvergaben, usw. Für sie ist das einfach ihr Land. Wenn sie dann vor vollendete Tatsachen gestellt werden, zum Beispiel wenn ein Konzern anfängt, die Bäume zu fällen, sind sie nicht einverstanden.

In vielerlei Hinsicht kann man Westpapua nicht mit anderen Gebieten in Indonesien vergleichen, denn seit jeher erleben die Menschen dort Diskriminierung und Rassismus. Es herrscht ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber dem papuanischen Volk.



Die wirtschaftliche Nutzung schreitet voran ©Magda Kafiar

Wir bezeichnen den Regenwald, auch in Westpapua, als die „grüne Lunge des Planeten“. Welche Rolle spielt Indonesien im internationalen Kontext und wie kann die internationale Gemeinschaft Druck auf die indonesische Regierung für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit ausüben?

Bei der Klimakonferenz in Schottland 2021 hat Indonesien viele ihrer „Klimabeiträge“ vorgestellt.¹ Damit sollen Umweltschäden begrenzt und die Klimawandel gebremst werden. Gleichzeitig werden von der Regierung aber Entscheidungen getroffen, die den Klimawandel vorantreiben werden, zum Beispiel zuletzt die Gesetze zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Pläne

zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes werden jährlich vom Präsidenten im Rahmen der nationalen strategischen Projekte angekündigt. Dazu gehören Vorhaben zum Bau von Straßen oder großflächige Agrarprojekte wie dem *Food Estate* in Westpapua. Die Macht der Oligarchen ist sehr stark in Indonesien. Viele nationale und internationale Konzerne haben wirtschaftliche Interessen hier.

Internationale Abkommen werden auch genutzt. So gibt es zum Beispiel internationale Richtlinien für nachhaltige Palmölproduktion. Demnach müssen Gebiete mit hohem Naturschutzwert besonders geschützt werden und Konzerne müssen bestimmte Umweltauflagen nachweisen. Es ist in der Wirklichkeit aber recht leicht für ein Unternehmen auf Papier zu behaupten, dass sie zum Beispiel keine Torfflächen in Agrarland

1 Die nationalen Klimabeiträge (englisch: Nationally Determined Contributions, NDCs), waren ein bedeutender Bestandteil des Pariser Klimaabkommen. Alle Vertragsstaaten – sowohl Industrie- als auch Entwicklungs- (Lexikon-Eintrag zum Begriff aufrufen) und Schwellenländer (Lexikon-Eintrag zum Begriff aufrufen) – haben sich verpflichtet, eigenständig festzulegen, wie stark sie ihre Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2030 senken und wie sie sich an den Klimawandel (Lexikon-Eintrag zum Begriff aufrufen) anpassen wollen.

umgewandelt hat. Die Aufsicht durch die zuständigen Behörden funktioniert nicht gut. Es kommt sogar vor, dass die Beamten einfach schnell ihre Checklisten abfertigen und die Unternehmen gar nicht richtig prüfen. Auch Korruption spielt hier bis heute eine große Rolle. Es laufen zurzeit einige Gerichtsprozesse gegen die Führungsriege großer Agrarkonzerne wie Wilmar und Musim Mas wegen Bestechungsgelder in Milliardenhöhe.

Neben der schlechten Aufsicht und der Korruptionsskandale wird die örtliche Bevölkerung, besonders die indigenen Gruppen, häufig einfach übergangen. Wenn diese dann protestieren, kommen die Sicherheitskräfte. Über die staatlichen Beschwerdemechanismen kommen die Menschen nicht weiter, weil diese das Gewohnheitsrecht nicht berücksichtigen.

Nächstes Jahr sind Wahlen auf nationaler und regionaler Ebene. Was muss sich ändern? Welche Schritte müssen durch die neue Regierung unternommen werden um die Rechte Indigener und der Umwelt zu sichern?

Wenn man sich die Stimmen der indigenen Gruppen in Westpapua anhört, wünschen sie sich vor allem, dass ihre Existenz und ihre Würde geachtet und geschützt werden. Wenn man sich aber die Parteiprogramme anschaut, werden diese Wünsche nicht berücksichtigt. Das gleiche gilt für die Umwelt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man die Kandidaten genauer unter die Lupe nimmt. Das sind in der Regel Staatsbeamte, Unternehmer und Militärangehörige die sich bisher wenig zu diesen Themen geäußert haben. Auch die Parteien sind die alten. Es gibt ein paar Ausnahmen, wie die neugegründete Arbeiterpartei (*Partai Buruh Indonesia*), die interessante Ideen hat.

In Westpapua, wo es in letzter Zeit einige umstrittene Entwicklungen gab, wie die Verlängerung des Sonderautonomiegesetzes und der Aufteilung der Region in neue Provinzen, gab es viel Unmut in der Bevölkerung. Unsere Beobachtung ist, dass sich nur die politische und wirtschaftliche Elite in Westpapua für die Wahl interessiert. Die Wahl ist eine Party für die nationalen und internationalen Oligarchen. Die meisten Menschen an der Basis haben das Vertrauen in die Regierung verloren. Sie fürchten eher neue Konflikte aufgrund politischer Interessen. Dieses Desinteresse kann aber dazu führen, dass die Politik weiter machen kann, was sie will.

Wer auch immer die Wahl gewinnt, im Großen und Ganzen kann man sagen dass es bereits viele und auch gute Gesetze in Indonesien zum Schutz der Umwelt und der Indigenenrechte gibt. Nur an der Umsetzung muss noch viel gemacht werden. ●



Bitte Formular zurücksenden an:



Westpapua-Netzwerk
Koordinationsstelle
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal

Fax: 0202 / 89004 179
Email: wpn@westpapuanetz.de

Abo-Formular Westpapua Journal

Bitte ausfüllen und abschicken an obige Adresse.
Oder unterstützen Sie uns als Fördermitglied und erhalten Sie so das Journal und zusätzlich andere Veröffentlichungen!



Ich möchte das Westpapua Journal abonnieren und zahle jährlich einen Betrag von
Einfaches Abo

- 30 € für Organisationen
- 20 € für Einzelpersonen
- 10 € für Nicht- oder Geringverdienende Einzelpersonen

Fördermitgliedschaft

- 50 € als Fördermitglied
- 40 € als Fördermitglied (erm.)

Dieses Abonnement gilt für:

Name : _____
Anschrift : _____
Email (optional) : _____
Telefon (optional) : _____

- Ich möchte einmal im Jahr eine Rechnung zugeschickt bekommen
- Ich möchte per Einzugsermächtigung zahlen
- Ich bekomme bereits das Journal aber möchte nun eine Einzugsermächtigung erteilen

Mit dieser Einzugsermächtigung, die ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann, stelle ich die Arbeit des Westpapua-Netzwerks auf eine sichere Basis und helfe gleichzeitig Verwaltungskosten und Bankgebühren zu sparen. Ziehen Sie dazu die Abonnementgebühren für das Journal bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Wenn Sie ihre Bankdaten angeben und unterschreiben, erklären Sie sich für den jederzeit widerrufbaren Lastezug bereit, der durch die Vereinte Evangelische Mission für das Westpapua-Netzwerk durchgeführt wird.

Bank : _____

IBAN : _____

Datum, Unterschrift: _____







Um dieses Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://westpauanetz.de/spenden>

Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <https://westpauanetz.de/>

Besuchen Sie uns auch auf



westpapua.netzwerk



@westpauanetz